

Günter Platzdasch  
*unter Mitwirkung von*  
Rainer Fromm

Die sogenannte  
**Internationale  
Gesellschaft für  
Menschenrechte**

Eine rechte  
Grauzonenorganisation

Wiesbaden (Hrsg. Büro der  
Stadtverordnetenversammlung) 1990

**Mit einem aktuellen Vorwort 2009**

Günter Platzdasch wurde in Eisenach geboren und erkundete 1988/89 die IGFM von innen.

Rainer Fromm wurde in Wiesbaden geboren und arbeitet als freier Journalist. Seit Jahren beschäftigt er sich mit der rechten Szene. Neben mehreren Buchveröffentlichungen hat er insbes. für Rundfunk und Fernsehen Dokumentationen und Hintergrundberichte geliefert, u.a. für die *Tagesthemen*, *Report*, *Kennzeichen D* und *Frontal*.

# Hilflose Rechtfertigungsversuche

## *Anmerkungen zur IGfM-Diskussion 2009*

Unsere Grundaussagen zur IGfM, insbesondere zur Entstehungsgeschichte mit militanten exilrussischen (nach heutigen Modebegriffen: *terroristischen*) und geheimdienstlichen Geburtshelfern, haben nichts an Aktualität verloren – die Selbstrechtfertigungen heutiger IGfM-Repräsentanten bestätigen dies, schaut man sich ihre Argumentation genauer an: Was, erstens, dementieren sie nicht? An welche Vorurteile, zweitens, appellieren sie? Wo, drittens, sind neue Fakten?

### **Ad 1**

Falschgeld kann man nur identifizieren, wenn man auch das richtige kennt und daneben legen kann. In der nachfolgenden Dokumentation, die unmittelbar angesichts des wohlverdienten Zusammenbruchs der neostalinistischen Diktaturen des sogenannten „realen Sozialismus“ entstand, sind zahlreiche Details genannt. Diese versuchen die IGfM & ihre Freunde mit pauschalen Behauptungen vom Tisch zu wischen. „Unsubstantiiertes Bestreiten“ nennt man dies unter Juristen, wie schon jeder Studienanfänger des Zivilrechts weiß. Insbesondere durchs Schwingen der Stasi-Keule hofft man der Begründungspflicht für eigene Behauptungen entgehen zu können.

### **Ad 2**

Wir waren Stasi-Beobachtungsobjekt, wurden vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR ausgespät. Das ist das Zentralargument, mit dem man sich gegen jegliche Kritik zu immunisieren trachtet. Die IGfM ein Stasi-Opfer? Na klar, das stimmt – die Stasi bemühte sich genauso um diese Gesellschaft rechter Menschen in Frankfurt wie jener CIA-Agent, der aus dem damals noch amerikanisch besetzten IG-Farben-Haus am Grüneburgpark zu *briefings* in die IGfM-Zentrale kam, der beim *shake hands* mit mir sogar eine Visitenkarte hinterließ und mit dem wir Details größerer Aktionen im *Wienerwald*-Restaurant gegenüber der damaligen IGfM-Zentrale besprachen.

Die IGfM vertraut darauf, daß der schlechte Ruf der Stasi automatisch sich zu ihren Gunsten auswirke. Es geht um den alten Reflex, dessen sich sowohl Linke als auch Rechte gern bedienen: Es wird nur darauf geachtet, *wer* etwas sagt, *wo* etwas gesagt wird oder *wo* es geschrieben steht – *was* gesagt wird, ist dann unwichtig. Die deutsche Landschaft des Verdachts. Der Verzicht aufs Argument. Aber: Genausowenig wie etwas dadurch falsch wird, daß die IGfM es verlautbart, genausowenig ist es *per se* falsch, weil es aus einer Stasiakte stammt.

Früher machten es sich Linke leicht, Kritik an von ihnen verherrlichten „realen Sozialismus“ mit dem Einwand zu ignorieren, sie stamme von Rechten (der Abwehrmechanismus funktioniert heute noch in Bezug auf Kuba). Die IGfM tut so,

als wäre etwas schon dadurch widerlegt, weil Linke bzw. DDR-Nachrichtendienstler das sag(t)en. Vorbild für die Reinwaschversuche der IGfM sind die Rehabilitationsversuche des „furchtbaren Juristen“ Hans Filbinger nach dem Untergang der DDR: 1992 bestätigte ihm der Stasioffizier Günter Bohnsack, daß im Ministerium für Staatssicherheit der DDR dessen Hauptverwaltung Aufklärung Filbinger als Anwärter auf das Bundespräsidentenamt beobachtet habe. In einem Protokoll ließ sich Filbinger am 30. April 1993 bestätigen, daß die Stasi Material über ihn gesammelt und „in den Westen lanciert“ habe (was es war, gab Bohnsack nicht an). Ist dadurch etwa eins der Todesurteile Filbingers aus der Nazizeit verschwunden?

Wenn man DDR-übliche Begleitpropaganda abzieht, so könnte man eher der DDR dankbar sein, daß sie über geheime Kanäle historische Wahrheiten ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen half. Genauso wie schon Anfang der sechziger Jahre, als von der Universität Jena Material in den Westen lanciert wurde, daß eine berühmte FDP-Politikerin aufgriff: Theodor Maunz mußte als bayerischer Kultusminister zurücktreten, nachdem seine Nazivergangenheit als Kommentator des Nazi-Polizeirechts publik geworden war; nach dem Tod des dann noch jahrzehntelang tonangebenden BRD-Juristen wurde bekannt, daß er bis zuletzt eng mit dem Rechtsradikalen Politiker Gerhard Frey kooperiert hatte. Zu dieser Juristengesellschaft paßt übrigens, daß ausgerechnet Ludwig Martin Ehrenpräsident der IGfM ist: 1956 war er am Urteil des Bundesgerichtshofs gegen die Nazijuristen Otto Thorbeck und Walter Huppenkothen beteiligt, durch das diese vom Vorwurf der Beihilfe zum Mord freigesprochen wurden; aufgrund von Martins Tätigkeit als Jurist während der NS-Zeit wird dieses Urteil heute unter dem Motto *Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus* interpretiert.

Wenn die IGfM mit viel Tamtam darauf verweist, daß die Stasi sie „bearbeitet“ hatte, so ist das keine Überraschung. Schließlich suchten viele bedrängte DDR-Einwohner in ihrer Not den Kontakt zu den Frankfurter „Menschenrechlern“; als letzte Hoffnung, um doch noch irgendwie die Ausreise aus dem ungeliebten Staat zu erreichen (am Beispiel der „Frau vom Checkpoint Charly“ hat dies Horst Schneider in einem Buch untersucht). Nicht zuletzt mußte die als antikommunistische Frontorganisation von Personen mit Geheimdiensthintergrund gegründete GfM (später IGfM) die Aufmerksamkeit östlicher Dienste erregen (dazu Klaus Eichner und Andreas Dobbert in ihrem Buch *Headquarters Germany – Die US-Geheimdienste in Deutschland*).

Noch am 18. Januar 1988 lud für die IGfM/Deutsche Sektion auf dem Briefpapier der Zentrale ein gewisser Dieter von Glahn (zusammen mit „Western Goals Europe e.V.“) zu einer Ausstellungseröffnung ein. Nach Erscheinen dieser unserer Broschüre wurde bekannt, daß von Glahn ein zentraler Repräsentant des CIA-Engagements in Deutschland war.

Der Wehrmacht-Geheimdienstoffizier empfing nach eigenen Angaben jeweils in Frankfurt am Main von der CIA Geld für seine Arbeit. Dazu gehörte neben seinem IGfM-Engagement das für „Gladio“, wie die unter dem Schirm der NATO wirkende geheime *stay-behind*-Guerillastruktur meist genannt wird (nachdem in Italien ihre Verwicklung in rechten und linken Terror zur Verhinderung einer Regierungsbeteiligung italienischer Kommunisten aufgrund eines „historischen Kompromisses“ mit den Christdemokraten bekannt wurde). Glahns Mannen führten Todeslisten (Proskriptionslisten), auf denen sich Kommunisten wie Emil Carlebach, damaliger Mitherausgeber der Tageszeitung „Frankfurter Rundschau“, genauso wie prominente Sozialdemokraten (z.B. Herbert Wehner) befanden. Diese sollten „am Tag X dem bolschewistischen Zugriff entzogen“, d.h. interniert oder notfalls ermordet werden. Der in diversen Rechtsaußen-Organisationen engagierte IGfM-Aktivist Glahn sprach und schrieb über seine CIA-, BND- & IGfM-Kontakte nach Untergang der sozialistischen Staaten und dem damit verbundenen nach Bekanntwerden vieler Fakten. So enthält sein Memoirenband „Patriot und Partisan für Freiheit und Einheit“ (1994 in Tübingen im rechtsradikalen Grabert-Verlag erschienen) ab Seite 133 den Abschnitt „Von der IGfM bis zur Gegenwart – ein langes Kapitel“.

Also: Na klar, die IGfM war Ziel östlicher Geheimdienstaktivitäten! Aber wird damit automatisch unwahr, was – auch aus östlichen Quellen – an Vorwürfen gegen die IGfM erhoben wird? Auf die Assoziationskette spekuliert die IGfM: Stasi-Opfer – unschuldig – reingewaschen. „Die gefährlichsten Unwahrheiten sind Wahrheiten, mäßig entstellt“, wußte aber schon Georg Christoph Lichtenberg.

Als wir im Jahr der Vereinigung von BRD und DDR über die IGfM schrieben, bekamen wir brisantes Material auch aus NTS-Kreisen zugespielt. Heutige Forscher haben es viel leichter, den geheimdienstlichen Hintergrund der Gründung dieser Frontorganisation des Kalten Kriegs auszuleuchten, und dann zu untersuchen, inwiefern geheimdienstliche Interessen nicht nur bei der Gründung Pate standen. Wenn auch die IGfM sich nach wie vor zielt, hierzu irgend etwas zu verlautbaren – insbesondere in den USA, wo inzwischen viele CIA-Akten freigegeben wurden, nicht zuletzt aufgrund des *Freedom-of-Information*-Gesetzes, ist dazu Interessantes (teilweise ohne Weiteres sogar *online*) nachlesbar; über IGfM-Aktivist Dieter von Glahn und andere *Gladio*-Terroristen im Wartestand sendete die BBC ausgerechnet am 17. Juni (!) 1992 eine Dokumentation. Auch gibt es inzwischen viel mehr Zeitzeugen und Insider, die weitere Details zur IGfM-Geschichte offenbarten (beispielsweise der österreichische US-Agent Hannes Sieberer, der im Sammelband *Als Agent hinterm Eisernen Vorhang* berichtet, wie die IGfM in West-Berlin ein Mitglied der *Grauen Wölfe* „gechartert“ hatte; über Erol Ünsalsudan konnten wir bereits 1990 im nachfolgenden Text berichten).

### Ad 3

Neue Fakten werden aus dem IGfM-Milieu zum Charakter dieser Organisation kaum präsentiert, abgesehen davon, daß die IGfM nach Untergang der DDR und seit Öffnung der Stasi-Archive zugestehen muß, wie weit sie auch von östlichen Diensten infiltriert war (dazu die Doktorarbeit von Jürgen Wüst, an der die Rezension in einem angesehenen Historikerorgan [<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/446.pdf>] – wie wir hier – ebenfalls kritisiert, daß mit dem Nachweis von Stasiaktivitäten man sich um das Eingehen auf die konkreten Vorwürfe drückt). Über die konkreten Vorwürfe gegen rechte Menschen, die sich hinter Menschenrechtsrhetorik verbergen, will man den „Stasi-Opfer“-Schleier legen, um unter edlen, wohlklingenden Ansprüchen – wer hat etwas gegen Menschenrechte!? – die Arbeit fortzusetzen. Im *Google*-Zeitalter ist es müßig den Nachweis zu führen, daß beispielsweise die CIA unter der Flagge von Freedom & Democracy, von „Menschenrechte“ & „humanitäre Organisation“ sich Zugang in Konfliktzonen verschafft. Für die IGfM ist Rußland weiterhin Zielobjekt, sodann geht es nach *Nine-Eleven* vor allem um den Islam und das, was an linken Gesellschaftsalternativen übrig ist: von China über Kuba bis Venezuela.

Linke Geisterfahrer, die nicht imstande sind, eigene Projekte selbstkritisch zu reflektieren, machen sich *volens nolens* zu Bundesgenossen der IGfM-Truppen. So war es schon zu Zeiten des *realen Sozialismus* unter der Ägide der KPdSU: Wer anderswo für Defizite und Verbrechen unter linkem Vorzeichen keinen Ansprechpartner fand, flüchtete sich in Arme solch obskurer rechter Menschenfänger. „Mich störten die unglaublichen, ungleichen Maßstäbe der schielenden Linken, die bei den USA auf deren Taten, nicht etwa bloß auf die edlen Ziele der *Declaration of Independence* von 1776 schauten – die aber bei sozialistischen Staaten und Befreiungsbewegungen sich mit Absichtserklärungen zufriedengaben und mit deren proklamierten hehren Zielen sämtliche Untaten rechtfertigten“, schrieb ich 1998 in einem autobiographischen Essay mit IGfM-Bezug [<http://www.platzdasch.homepage.t-online.de/download/bye-bye-68.pdf>].

Bis heute haben viele Linke nicht verstanden, was der französische Kommunist Louis Althusser meinte, als er auf dem zur *Biennale del dissenso* in Venedig im November 1977 von *Il Manifesto* einberufenen Kongreß mahnte: „Das Interesse, das wir den Vertriebenen aus den Ländern des Ostens entgegenbringen, gehorcht weder einem bloßen Informationsbedürfnis noch einer reinen Solidaritätsbekundung. Was in den Ländern des Ostens geschieht, betrifft uns selber, wirkt sich auf unsere Projekte, unsere Handlungen, unsere Theorie und Praxis aus.“ (*Zurückforderung der Zukunft – Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften*, Frankfurt am Main 1979, S. 225f.)

G.P.

Rainer Fromm/Günter Platzdasch

## Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM<sup>1</sup>)

Was ist das für eine Gesellschaft, die Hans-Dietrich Genscher, den Bundesminister des Auswärtigen, ohne Erfolg um ein Vorwort zum Jahresbericht bat; die sich bei den Vereinten Nationen von jemand repräsentieren ließ, der im Theorieorgan der NPD eben den Außenminister im Zusammenhang mit der Preisgabe "ostdeutscher Gebiete an Polen" verspotten durfte?<sup>2</sup>

Zwischen Wiesbaden und Frankfurt am Main, dem Sitz der IGFM, finden ständig wichtige Telefonate statt. Denn IGFM-Präsident ist seit beinahe einem Jahrzehnt Dr. med. Reinhard Gnauck, der im Fachbereich Gastroenterologie eines Wiesbadener Krankenhauses tätig ist. Außerdem existiert unter der Leitung von Siegward Schöne in Wiesbaden eine Arbeitsgruppe der IGFM. Schöne fungiert in Personalunion auch als Geschäftsführer des Vereins *Forum Europa*,<sup>3</sup> der wiederum in der IGFM-Zeitschrift *DDR heute* für seine Veranstaltungen wirbt<sup>3</sup> und dem (unten beschriebenen) *Nationaleuropäischen Jugendwerk (NEJ)* nahesteht.

In der Diskussion um die Erstellung der vorliegenden Broschüre meldete sich im zuständigen Ausschuß der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung ein IGFM-Vertreter zu Wort, der in Wiesbaden wohnende Theo Reisel.

Reisel ist nicht irgendein IGFM-Mitglied, hat er doch in der Frankfurter IGFM-Zentrale die *Versandbuchhandlung Menschenrechte* aufgebaut und betreut. Er ist seit 1989 verheiratet mit jener M. Westenberger, die in der DDR-Abteilung der IGFM arbeitete und die IGFM-Zeitschrift *DDR heute* als Redaktionssekretärin betreute. Dann durfte sie Nachfolgerin des IGFM-"Dissidenten" G. Platzdasch in der IGFM-Pressabteilung werden, nachdem sie ihn beim Arbeitgeber denunziert hatte.

*DDR heute* ist eine Zeitschrift, die der IGFM-Mitarbeiter Siegmund Faust herausgibt. Dieser versucht, allein mit seiner DDR-Vergangenheit, die über inzwischen auch schon anderthalb Jahrzehnte zurückliegt, sich zu vermarkten. In Kreisen von Oppositionellen, die aus der DDR ausgebürgert, vertrieben oder freigekauft wurden, wird Faust wegen seines allzu plumpen Antikommunismus, aus dem nur Haß

---

<sup>1</sup> Bis 1981 nannte sich die IGFM nur GfM.

<sup>2</sup> E.[dgar] L.[amm], Der UNO-Menschenrechtsausschuß tagte in Bonn, in: *Menschenrechte*, Nr. 1/1982, S. 10 (zur Delegation gehörte Hans Wahls von der IGfM-Arbeitsgruppe Köln); Hans Wahls, "Rechtsstandpunkte kein Ersatz für praktische Politik", in: *Nation Europa/Deutsche Monatshefte*, Nr. 3-4/1990, S. 52 ff. (diese NPD-Zeitschrift hatte bereits früher, z.B. in Nr.10/1986, S. 53 f. [Rubrik "Europa rechts"], auf Wahls lobend hingewiesen); vgl. auch die Streitschrift des Steuerberaters gegen die deutsche Vergangenheitsbewältigung: Hans Wahls, *Die Drachensaat. Das kollektive Unterbewußtsein der Deutschen*, München 1989. Wahls, selber Mitglied des Witikobunds, stützte sich bei einem Jungwitikonenseminar (vgl. *Witiko-Brief*, Nr. 5/1987, S. 10) auf das Altbundeskanzler Brandt verleumdende Buch des Rechtsradikalen Siegerist, nach dessen Lektüre ein konservativer Rezensent "einen After-Redner wie Joachim Siegerist öffentlich einen Lumpen [zu] nennen" erwog (Rüdiger Altmann, in: *Frankfurter Allgemeine*, 29.1.1988). Auch dem IGfM-Vorstandssprecher Jörn Ziegler ist Außenpolitik, "pragmatisch à la Genscher nur an Opportunitätsprinzipien und äußerem Druck ausgerichtet", ein Greuel (Bericht des IGfMlers und Witikobund-Bundesvorstandsmitglieds Daniel Langhans, Die gemeinsame Zukunft vorbereiten, in: *Wenzel. Studentendeutsches Jugendmagazin*, Nr. 1/1988, S. 31). Aber zum Repräsentieren, als Aushängeschild, hätte man den Außenminister doch gern gehabt.

<sup>3</sup> *DDR heute*, Nr. 24/1989, S. 23.

spricht, kaum akzeptiert. Es ist harmlos, hierzulande gegen die Verhältnisse drüben zu wettern und Rechte für die Arbeiter dort einzufordern, sich aber aus bundesdeutschen Konflikten, und sei es nur die Auseinandersetzung um Arbeitnehmerrechte in der IGFM, herauszuhalten. Politische Feigheit und Opportunismus hat Faust immerhin bei sich entdeckt - wenn auch nur auf die DDR-Zeit bezogen.<sup>4</sup> Seltsame Wendungen entdeckt man jedoch auch in Fausts BRD-Zeit; so wurde beispielsweise für den DDR-Anwalt Vogel erst eine Ehrenerklärung abgegeben, später wurde er - Faust war inzwischen im Solde der IGFM - diffamiert.<sup>5</sup>

*Die Zeit* schrieb über "Die Verwirrungen des Siegmund Faust": "Nimmt man ihn als Schriftsteller ernst, dann muß man sein Elaborat kritisch lesen, zahllose grammatische und syntaktische Fehler anstreichen, denn 'Schreiben in Deutschland' heißt deutsch schreiben." Der an gewissen Mindestmaßstäben festhaltende Kritiker schlußfolgert: "Hier hätte der Setzer streiken müssen, wenn schon der Lektor diesen Unsinn übersieht." Im *Deutschlandarchiv* kam Dorothea Medek nicht umhin, diesem IGFM-Schreiber, der sich großspurig, mit Goethes Faust kokettierend, als "deutscher Dichter" bezeichnet, sowohl "mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache" als auch "geradezu gespenstische Selbstüberschätzung" vorzuwerfen.

In Hinblick auf die Wende in der DDR beschränkte Faust sich nicht darauf, zum Problem der Menschenrechte zu sprechen - wie man es eigentlich von einem Vertreter der Überparteilichkeit beanspruchenden Menschenrechtsorganisation erwarten kann. Als Repräsentant der IGFM geht es ihm, der auch schon mal den in der DDR noch unerwünschten *Republikanern* in *DDR heute* Platz für Propaganda einräumt, offensichtlich eher um rechte Menschen als um Menschen-Rechte: "Faust räumte einzig und allein der Bayern-Partei CSU, die einen unverbrauchten Namen habe, Chancen ein. Nach seinen Informationen soll noch vor Weihnachten eine Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen-Union in der DDR vollzogen werden." Dabei plauderte er aus, daß die IGFM "zum Beispiel eine gebrauchte Offsetdruckmaschine an eine Oppositionszeitung geliefert" habe. Die Hoffnung des IGFM-Faustus ist bei alledem: "Vielleicht schafft es die CSU über den Umweg DDR nach einer Wiedervereinigung bundesweite Geltung zu erlangen".<sup>6</sup> Eine unmißverständliche Zielbeschreibung - alle "Kommunisten" unter die Erde - war einst in der von Faust mithilfe Westenbergers (bzw. Reisels) herausgegebenen Zeitschrift *DDR heute* zu lesen: "Wann geht es wieder aufwärts mit uns? Wenn in Deutschland das Zweischichtsystem eingeführt wird: eine Schicht Kommunisten, eine Schicht Erde, eine Schicht Kommunisten, eine Schicht Erde..."<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> Siegmund Faust, *In welchem Lande lebt Mephisto? Schreiben in Deutschland*, München 1980, S. 44. - Vielleicht hatte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière solche Gestalten im Sinn, als er in seiner Regierungserklärung vom 19. April 1990, unter dem Beifall der Volkskammer, feststellte: "Es sind nicht immer die Mutigen von einst, die heute die Bestrafung anderer fordern."

<sup>5</sup> Als die IGFM einen Prozeß gegen Vogel, den sie unberechtigt verleumdet hatte, verlor, äußerten Faust und der DDR-Dissident Nico Hübner, dem die GfM für ihn bestimmte Spendengelder nicht ausgezahlt hatte, sich kritisch zur GfM, hingegen lobend über Vogel (Otto Jörg Weis, Im Zwielflicht blieben am Ende nur die Verleumder, in: *Frankfurter Rundschau*, 9.7.1980; Häftlings-Freikauf, in: *Rheinischer Merkur*, 25.7.80; Nico Hübner gratuliert Anwalt Vogel, in: *Die Welt*, 10.7.1980; Nico Hübner, Schweigen und Öffentlichkeit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.8.1980). - Vom IGfM-Faust war dann nur noch Abfälliges über Vogel zu vernehmen ("Menschengroßhändler" usw.).

<sup>6</sup> "Marxismus ist keine Wissenschaft, sondern Utopie": DDR-Autor Sigmar Faust rechnete mit Kommunisten ab, in: *Dill-Zeitung*, 14.12.1989. Ein rechtsextremer Informationsdienst berichtete sympathisierend und in einem Atemzug, daß nun auch NPD und IGfM in Leipzig Gruppen gegründet haben (*DESG-inform*, Nr. 2/1990).

<sup>7</sup> Diese Menschenverachtung war kein Ausrutscher, keine einmalige Entgleisung: Auch im Dezember 1989 (*DDR heute*, Nr. 29, S. 4), wünschen die Menschenfreunde aus der Frankfurter Kaiserstraße, als fühlten sie sich diesem kriminellsten Stadtviertel Deutschlands besonders verpflichtet, daß "Erich" (Honecker) bald unter die Erde komme. "Humor" dieser Art kennzeichnet auch die von Chefredakteur Faust stammenden Auslassungen bezüglich "des Oberprolet-Ariers Erich Honecker" (*DDR heute*, Nr. 27/1989, S. 14), welcher - mit Robert

Berührungspunkte gibt es bei dieser DDR-Politik der IGFM nicht. Im Impressum der Zeitschrift *DDR heute*, aus dem sofort nach dessen Rausschmiß aus der IGFM der Kolumnist Platzdasch herausgesäubert wurde,<sup>8</sup> ist hingegen als freier Mitarbeiter Joachim Oertel willkommen. Dieser erzählt als REP-Referent Juden- und Negerwitze übelster Sorte und "blüht richtig auf, als er über die Behandlung der Ausländer in Westberlin und in der DDR durch rechtsradikale Skins berichtet", denn Oertels Spezialgebiet sind Neonazis in der DDR; und dazu schrieb er in *DDR heute* so fachkundig, daß er später auch im theoretischen Organ der NPD darüber veröffentlichen konnte.<sup>9</sup>

Bleiben wir noch etwas bei den DDR-Aktivitäten, die schließlich Schwerpunkt des Wirkens der IGFM waren. Wer wollte bezweifeln, daß bis zur Novemberrevolution 1989 in der DDR jahrzehntelang im Namen des Sozialismus von einer Staatspartei ungeheueres Leid dem Volk zugefügt wurde? Aber unseriös und ersthafter Menschenrechtsarbeit abträglich ist es, jeden Abweichler vom System, wenn er die politisch richtige (rechte) Gesinnung offenbart, zu einem "politisch Verfolgten" hochzustilisieren.

So nennt etwa das Impressum von *DDR heute* den Ex-DDR-Bürger Andreas Schmidt als Mitarbeiter. Dieser "Dissident" mußte inzwischen aufgrund anderer Veröffentlichungen eingestehen, daß er früher mit der DDR-Staatsmacht aneckte, u.a. weil er mal eine Schreibmaschine stahl, ein anderes Mal in ein Rundfunkgeschäft einbrach oder einen Strandkiosk plünderte.<sup>10</sup>

Einen *merkwürdigen* Gipfel erreichten die DDR-Menschenrechtsaktivitäten der IGFM, als sie sich mit bemerkenswertem Engagement, als ginge es um einen der ihrigen, für einen hochkarätigen, deutschen US-Agenten einsetzte. Bei der IGFM, die auf derselben Zeitschriftenseite "Ost-Agenten" witterte, scheint man Westagenten hingegen als "Journalisten" zu bezeichnen (eine Sprachregelung, die man sich bei Begegnungen mit dem Verein merken sollte), jedenfalls wird der US-amerikanische Abwehroffizier Ottomar Ebert als "Journalist" präsentiert. "Bei einem Besuch" in der DDR sei er einfach so verhaftet, "zu lebenslanger Haft verurteilt" und natürlich vom "KGB zur Mitarbeit aufgefordert" worden. Die IGFM führte ihn in ihrer Liste "Politische Häftlinge in der DDR", sammelte mit seinem Namen Spenden, forderte seine Freilassung "auf Tausenden von Flugblättern, Plakaten, in Dokumentationen und Anzeigen" und ein Aktivist kettete sich anlässlich der KSZE-Konferenz in Madrid sogar vor der UdSSR-Botschaft an, spektakulär die Freiheit dieses "politischen Häftlings" fordernd. In einer gemeinsam mit dem *Brüsewitz-Zentrum* veröffentlichten Zeitungsanzeige beklagte man den "Maulkorb für Menschenrechtler" (Überschrift) und lamentierte, das "einzige Verbrechen" von Ebert hätte darin bestanden, daß er "von Deutschland nach Deutschland" wollte. Welche Aktivitäten Ebert, der u.a. 1968 den brisanten Auftrag hatte, den Plan zur CSSR-Invasion zu besorgen, tatsächlich entfaltet hat, ist allerdings in einschlägiger Literatur nachzulesen. Inzwischen hat Ebert auch selbst dazu geschrieben, wohlge-merkt: über Spionage, nicht über Menschenrechtsarbeit (nach Eberts Ausführungen drängt sich die Schlußfolgerung auf, die IGFM gehöre selber zu dem von ihm so genannten "Spionage-Karussell Ost-West"). Am 1. August 1989 trat Ebert gar

---

Havemann im gleichen Zuchthaus - zu den Verfolgten im Nationalsozialismus gehörte. Daß unter Honecker später Havemann verfolgt wurde, ist ein anderes Kapitel.

<sup>8</sup> *DDR heute*, Nr. 24/1989, S. 2, letztmalig erwähnt.

<sup>9</sup> Michael Schomers, *Deutschland ganz rechts. Sieben Monate als Republikaner in BRD & DDR. Mit einem Vorwort von Günter Wallraff*, Köln 1990, S. 198 (dort auch Oertel-Witz "über Schwarze", "aber der gilt für Juden genauso: Da hängt an einem schwarzen Brett folgender Anschlag: dreißig Neger gesucht: zehn als Diener und zwanzig für einen neuen Mantel"). Von Oertel bei IGFM und NPD: Skins und Neonazis in der "DDR", in: *DDR heute*, Nr. 25/1989; Jugendbewegung in Mitteldeutschland, in: *Nation Europa*, Nr. 8-9/1989, S. 14 ff.

<sup>10</sup> *DDR heute*, Nr. 24/1989, S. 5 f.

im *Club 2* des Fernsehprogramms *3Sat* auf.<sup>11</sup>

Zu diesem Stil paßte die IGFM-Veröffentlichung "Sogar Leichen werden in der 'DDR' ausgeplündert", über die ein jetzt in Hamburg lebender DDR-Fachmann meinte: "Solche Horrorgeschichten gehören nicht in eine seriöse Zeitschrift. Sicher gibt es auch in der Pathologie vieler großer DDR-Kliniken Mängel. Die Schilderungen des ehemaligen Pathologiegehilfen Frank Tümmler sind aber sicher Aufschneidereien, die der mit diesem Thema überforderte Autor noch einmal aufgeblasen hat."<sup>12</sup>

Ständig stolpert man über von der IGFM phantasievoll empfundene Stories, sofern es um Staaten geht, welche die IGFM irgendeiner Sympathie für das, was sie unter 'Kommunismus' versteht, verdächtigt. So verbreitete sie beispielsweise 1988 per Pressemitteilungen die 'Ente', daß Finnland eigene Bürger an die UdSSR ausliefern würde. Erst als die finnische Botschaft in Bonn und auch die IGFM-Filiale in Finnland verärgert klarstellten, daß das fragliche Gebiet und die dort lebenden Menschen nie zu Finnland gehört hatten, sah man sich gezwungen, diese Darstellung zu unterlassen.

Ebenfalls aufschlußreich für die Arbeitsweise war der Fall Werner Marby. Die IGFM-Zeitschrift berichtete in der Rubrik "Schicksale", daß Marby die SED-"Genossen ein Bein abgeschossen" hätten.<sup>13</sup> Aus der Haft entlassen, kam dieser jedoch auf beiden Beinen in die Bundesrepublik, entführte ein Kind und forderte von den Eltern 100.000 DM - die IGFM schwieg zu diesem "Schicksal".

Was ist auch schon ein angewachsenes Bein, wenn man bedenkt, daß auch IGFM-"Leichen" wieder laufen lernten. Von dem, für IGFM-Kommunistenfresser unbegreiflich, in die DDR zurückgekehrten Flüchtling Klaus-Dieter Rauschenbach<sup>14</sup> verbreitete man, er habe dort dann Selbstmord begangen, denn er sei "regelrecht in den Freitod getrieben" worden.<sup>15</sup> Zeitungen meldeten später, er erfreue sich bester Gesundheit<sup>16</sup>. Noch 1989 passierte es einem angesehenen Blatt, das sich auf Informationen der IGFM verließ, daß es, nachdem es auf Seite eins den Tod eines DDR-Flüchtlings gemeldet hatte, Tage später kleinlaut auf Seite zwei das IGFM-Dementi bringen mußte<sup>17</sup>.

Aber die IGFM hat nicht nur solche "Leichen im Keller". In Nordhessen fand man ein GfM-Mitglied, Bernd Moldenhauer, tot: erdrosselt. Als Täter wurde dann ein

---

<sup>11</sup> Im 11. Haftjahr, in: *Menschenrechte*, Nr. 3/1979, S. 17; Namen, die anklagen [Häftlingsliste], in: *Menschenrechte*, Nr. 1/1981, S. 23; die Aktivitäten sind erwähnt in der Freilassungsnotiz, in: *Menschenrechte*, Nr. 6/1981, S. 33; Flugblatt-Bestellnummer 50 der Materialliste, in: *Menschenrechte*, Nr. 1/1981, S. 32; An der Sowjetbotschaft angekettet, in: *Berliner Morgenpost*, 3.3.1981; Annonce in: *Menschenrechte*, Nr. 4/1981, S. 22 f.; vgl.: Werner Kahl, *Spionage in Deutschland heute*, München 1986, S. 31, 50ff., 55f.; Ottomar Ebert, *Spionage-Karussell Ost-West*, Bergisch Gladbach 1984.

<sup>12</sup> Dr. med. P. Schneider, in: *DDR heute*, Nr. 25/1989, S. 22 (kritisiert Beitrag in: *DDR heute*, Nr. 24/1989, S. 10).

<sup>13</sup> *Menschenrechte*, Nr. 3-4/1983, S. 37.

<sup>14</sup> Dazu: *Menschenrechte*, Nr. 2/1982, S. 10.

<sup>15</sup> Zurückgekehrter DDR-Offizier soll Selbstmord begangen haben, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.4.1984.

<sup>16</sup> Ost-Berlin: Rauschenbach erfreut sich bester Gesundheit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.4.1984.

<sup>17</sup> Todesschüsse an der Mauer belasten das innerdeutsche Verhältnis, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.2.1989; "Gaudian wahrscheinlich noch am Leben", in: *ebd.*, 1.3.1989. (Aufspüren, festnehmen, vernichten, in: *Der Spiegel*, Nr.33/1990, S. 35: Gaudian wurde in den rechten Fuß geschossen.)

langjähriger GfM-Funktionär, Aribert Freder, ermittelt und verurteilt. Aber auch Moldenhauer ließ die von der IGFM beanspruchte Gewaltlosigkeit vermissen: er hatte einst dafür gesorgt, daß ein abtrünniges GfM-Mitglied, Hartmut Seiffahrt, krankenhausreif geschlagen wurde.<sup>18</sup> Es gab in Berlin durchaus Menschenrechtsaktivisten, die ahnten, welche obskure Gestalt Freder war,<sup>19</sup> aber für diese Menschenrechtler war kein Platz in der IGFM<sup>20</sup>.

Ein weiteres Beispiel für die IGFM-"Fallarbeit": "Joachim Matz, ehemaliger DDR-Bürger, mehrfach vorbestraft, der sich einer erneuten Strafverfolgung wegen Betrugs entzieht, indem er sich in die BRD absetzt, ist auf der Suche nach der Möglichkeit mühelosen Geldverdienens. Genau der richtige Mann für die IGFM. Die stellt ihm einen Käfig bereit, der eine Gefängniszelle symbolisieren soll. Darin demonstriert Matz drei Wochen lang an der Grenzübergangsstelle Friedrichstraße, mit Häftlingskleidung ausgestattet, für die Ausreisebewilligung seiner 'Ehefrau'. Nur was bei diesem Schauerstück verschwiegen wurde: Die Ehe von Matz war schon 1980 geschieden worden, danach lebte er mit einer anderen Frau zusammen. Zusammengehörigkeits-Gefühle zu seiner geschiedenen Frau und seinem Sohn, dem er bis zu diesem Zeitpunkt 3.000 Mark Unterhaltskosten schuldig blieb, entwickelte Matz erst im IGFM-Käfig."<sup>21</sup>

Auch Walter Bartoschs nahm sich die IGFM an. Dessen "Kampf um Menschenrechte" mit Gewalt gegen Frau und Töchter endete vor der Justiz in Berlin/West (sieben Jahre Haft wegen versuchten und vollendeten Totschlags).<sup>22</sup> Axel Jakisch war ein anderer DDR-Fall der IGFM.<sup>23</sup> Es hieß, er sei "wegen eines Besuches in der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR festgenommen und verurteilt worden. In Wirklichkeit wurde der bereits mehrfach wegen Diebstahls und Nötigung zu sexuellen Handlungen vorbestrafte Jakisch wegen erneuten Diebstahls und des Versuchs, sich durch ungesetzlichen Grenzübertritt der Strafverfolgung zu entziehen, in Haft genommen."<sup>24</sup>

Selbstverständlich sind nicht alle IGFM-Fälle in Wirklichkeit Fälle "normaler" Kriminalität. Auch sei zugestanden, daß es sehr gute Gründe gab, sich der DDR-Strafverfolgung, die keinen rechtsstaatlichen Anforderungen genügte, zu entziehen. Jedoch belegen diese Beispiele, wie das primitiv antikommunistische Feindbild Kalter Krieger alles beherrscht, und wie unglaublich das oberflächliche oder gar bewußt selektive Vorgehen der IGFM ist. So ist auch das Phänomen erklärlich, daß die IGFM nur Linksdiktaturen im Visier hat, dabei etwa Menschenrechtsverletzungen in den Volksrepubliken China und Nordkorea anklagend, hingegen über Kriegsrecht, Einpartei-Diktatur der *Kuomintang*-Partei und fehlende Freiheit des Reisens in "Nationalchina" (Taiwan) oder über die Reise- und Kontaktverbote für

---

<sup>18</sup> Peter Pragal, Der Stasi ist immer dabei, in: *Der Stern*, 7.5.1981, S. 141 f.

<sup>19</sup> *ebd.*, S. 142.

<sup>20</sup> Auch den Rechtsstreit mit Wolfgang Mleczkowski, der sich mit einer Gruppe in Berlin von der GfM abgespalten hatte, verlor die GfM (vgl. *Menschenrechte*, Nr. 3-4/1980, S. 45). Die Vorwürfe, die Mleczkowski im ARD-Magazin *Montitor* gegen die GfM erhoben hatte (finanzielle Unregelmäßigkeiten, verschwundene Akten usw.), versuchte die GfM, erfolglos, zurückzuweisen (Wer die "falschen Freunde" sind..., in: *Deutsche Tagespost*, 29.8.1980).

<sup>21</sup> André Tanner, Die DDR im Fadenkreuz der "ehrenwerten" Gesellschaft, in: *Neuer Tag*, 7.2.1989 (gestützt auf die Berichte "Mit Pauken und Trompeten" [*Stern*] und "Heide Matz will nicht in den Westen" [*Berliner Morgenpost*]).

<sup>22</sup> Tagesspiegel, 19.12.1987; Gerd Kernau, Aktenzeichen 6227, in: *Horizont*, Nr. 2/1988, S. 10.

<sup>23</sup> Zuletzt: *Menschenrechte*, Nr. 1/1986, S. 35.

<sup>24</sup> André Tanner, Von der Terrororganisation NTS zur Geheimdienstfiliale, in: *Neuer Tag*, 24.1.1989.

Südkoreaner in Richtung Nordkorea kein Wort verlor<sup>25</sup>: die Menschenrechtsverletzer auf Taiwan und in Südkorea sind nämlich 'gute' Antikommunisten. Und nach Taiwan, dem Sitz der militanten *World Anti-Communist League*, haben die Frankfurter auch gute Kontakte. Gegen fehlende Freiheiten in Nicaragua hatte man nur etwas, solange Sandinisten Regierungsmacht waren; als in der Universitätsstadt León, einer sandinistischen Hochburg, der von der neuen, antisandinistischen Regierung eingesetzte Bibliotheksdirektor linke Liteatur verbrennen ließ,<sup>26</sup> wartete man vergebens auf einen flammenden Protest der Frankfurter "Bürgerrechtler" gegen solche Bücherverbrennungen.

Daß zu diesem IGFM-Menschenrechtsverständnis das Schüren von Ressentiments gegen Ausländer<sup>27</sup> sowie eine seltsame Auffassung von der Würde der Frau gehören, offenbart nahezu jede Nummer der Zeitschrift *DDR heute* auf sexistischem Stammtischniveau: "Lieber auf der blauen Donau als auf der roten Margot"<sup>28</sup>; "Lieber die Verkäuferin als den Bedarf der Bevölkerung decken"<sup>29</sup>; "Damen-schlüpfer nur für bückende Tätigkeit"<sup>30</sup>. Mag sein, daß es einen besonderen Zusammenhang zwischen männerbündlerischem Rechtsextremismus (den ein auffällig niedriger Frauenanteil kennzeichnet) und Sexualmoral gibt; darauf kann hier nicht eingegangen werden.<sup>31</sup>

Zurück zu dem von Reisel organisierten Buchversand! Schon dessen Bücherprospekte belegen die rechtsorientierten und dann mitunter nicht mehr unbedingt gewaltfreien Ambitionen dieses unter der Menschenrechte-Flagge segelnden Vereins. Da findet man etwa die folgenden Titel, deren Menschenrechtsbezug unklar ist: Heinrich Lummer, "Standpunkte eines Konservativen"; Klaus Hornung, "Mut zur Wende"; Günter Rohmoser, "Das Debakel/Wo bleibt die Wende? Fragen an die CDU"; Kaltenbrunner, "Elite-Erziehung für den Ernstfall/[...] Eine Kampfansage an die Übermacht der Unfähigen"; Giselher Schmidt, "Die Grünen"; Nikolai Berdjajew, "Wahrheit und Lüge des Kommunismus"; Günther Wagenlehner, "Abschied vom Kommunismus"; Werner Kahl, "Vorsicht Schußwaffen/Eine Studie über kommunistischen Extremismus, Terror und revolutionäre Gewalt"; Günter Schlosser, "Briefe vom Kap/[...] hebt sich wohlthuend von dem allgemeinen, meist uninformierten Geschrei bestimmter Weltverbesserer ab. Nicht Boykott und Sanktionen [...]"; Hans Germani, "Rettet Südwest/[...] einer der wenigen wirklichen Afrikaexperten [...]";<sup>32</sup> Kothny/Dayoni, "Alarm beim KGB - Bundeswehrmajor am Hindu-

---

<sup>25</sup> Die Ausnahme, welche die Regel bestätigt: *Menschenrechte*, Nr. 2/1990, S. 36, berichtet über eine Verurteilung des südkoreanischen Pfarrers Ik-Hwan Moon, der Kontakte nach Nordkorea pflegt; interessant ist dabei der IGFM-Hinweis, daß er einst auf der richtigen Seite gestanden habe: "Während des Korea-Krieges soll er als Übersetzer für den amerikanischen Geheimdienst gearbeitet haben."

<sup>26</sup> Bücher brennen in Nicaragua, in: *Der Spiegel*, Nr. 31/1990.

<sup>27</sup> *DDR heute*, Nr. 26/1989, S. 24: "Vom CENTRUM-Warenhaus, da komm ich her./Ich muß Euch sagen, alle Regale sind leer,/und überall auf den Stufen und Kanten/da sitzen die Polen mit ihren Verwandten,/und draußen vor dem verschlossenen Tor/stehen die Deutschen geduldig davor." In dem Stil geht's weiter gegen "Leute aus der Tschechei", Vietnamesen, Kubaner - "auch noch ein Russe", reimt der Verfasser angeekelt.

<sup>28</sup> *DDR heute*, Nr. 24/1989, S. 24 (betr. Margot Honecker).

<sup>29</sup> *DDR heute*, Nr. 25/1989, S. 24.

<sup>30</sup> So die "phantasievolle" Überschrift, ohne Bezug zum Inhalt des nachfolgenden Berichts über Lieferengpässe bei Damenunterwäsche, in: *DDR heute*, Nr. 29/1989, S. 24.

<sup>31</sup> Vgl. dazu die in der Weimarer Republik von Wilhelm Reich und die in den letzten Jahren von Klaus Theweleit durch Publikationen angeregten Diskussionen!

<sup>32</sup> Tatsächlich erkennt man Parallelen zur IGFM-Afrikapolitik in Germanis Ratschlag: "Der gangbarste Weg wäre es, daß noch [1980!] intakte Südafrika zu bewahren, das letzte Modell schwarz-weißer Partnerschaft in Südwestafrika/Namibia zu fördern und durch energisches Auftreten im restlichen Afrika (rücksichtslose Streichung alle Hilfe an radikale Staaten,

kusch/Eine spannende Schilderung des Kampfes der afghanischen Freiheitskämpfer"; Xing-Hu Kuo, "Tod in Tatum/Das wohl wichtigste Buch über den Freiheitskampf der Kambodschaner gegen den Vietnamesischen Aggressor"; A. Evertz, "Kirche und Volk/Ein Werk, das sich wohlthuend von anderen Veröffentlichungen sogenannter 'Kirchenvertreter' abhebt" usw. usf.

Reisel, der Betreiber dieses Buchversands, referierte am 13.3.1982, 11.15 Uhr, zusammen mit Helmut Schmitz sen. ("Reiseeindrücke von unserer Politsafari ins südliche Afrika") auf dem "6. Südafrika-Seminar" des der NPD verbundenen *Hilfskomitees Südliches Afrika*, von dem unten noch die Rede sein wird. Reisel trat auch als Aktivist des eingangs erwähnten NEJ in Erscheinung, das Schulungen in der Villa einer alten NPD-Aktivistin am Lago d'Iseo veranstaltet<sup>33</sup>. Hauptfigur des NEJ ist Rechtsanwalt Ludwig Bock, einst zur Bundestagswahl NPD-Kandidat in Freiburg, später bekanntgeworden als juristischer Beistand der NPD, der DVU des Dr. Gerhard Frey oder des Rechtsterroristen Manfred Roeder.<sup>34</sup> Im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß gegen KZ-Schergen fiel Bock als Verteidiger der des 1196fachen Mordes angeklagten Hildegard Lächert ("blutige Brygida") durch obskure Verteidigungsanstrengungen auf. Beispielsweise lehnte er den renommierten Gutachter Professor Wolfgang Scheffler ab, da er bei einem jüdischen Professor promoviert habe. Stattdessen schlug Bock den Diplompolitologen Udo Walendy, bekanntgeworden als NPD-Bundesvorstandsmitglied, als Sachverständigen vor.<sup>35</sup> Nachdem gegen Bock Strafanzeige erstattet worden war, wurde er vom Gericht als Verteidiger entpflichtet.<sup>36</sup>

Das NEJ, einst im rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzbericht unter Punkt 2.4 als "rechtsextreme Organisation" aufgeführt, ist nach Auskunft des baden-württembergischen Landesvorsitzenden der NPD-Jugend in Parteikreisen bestens bekannt und wird dort wegen seiner Arbeit auf theoretischem Gebiet geschätzt.<sup>37</sup>

---

Hilfe für die positiv eingestellten Staaten unter der Bedingung, daß sie eine weiße Infrastruktur, möglichst mit weißen Siedlern, erhalten oder wieder bilden) eine Kursänderung anzubahnen." (20 Jahre nach der Entkolonialisierung, in: *Criticón*, Nr. 62/1980, S. 273.) Germani "nahm am Feldzug der Söldner des Katanga-Sezessionisten Moise Tschombe im Kongo teil. In seinem Buch 'Weiße Söldner im schwarzen Land' berichtet Germani über seine Beteiligung an 'Strafplünderungen'" (Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe [Hrsg.], *Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern*, Bornheim-Merten 1980, S. 110).

<sup>33</sup> In Clusane-Dossello (Brescia).

<sup>34</sup> Franziska Hundseher, Rechte Kaderschmiede, in: *Die Zeit*, Nr. 16, 10.4.1987.

<sup>35</sup> Franziska Hundseher, Wie ein großes Spinnennetz, in: *Deutsche Volkszeitung/die tat*, Nr. 7, 13.2.1987.

<sup>36</sup> Friedrich Karl Kaul, Der Majdanek-Prozeß. Ein Beispiel für die Nichtbewältigung nazistischer Vergangenheit, in: *Demokratie und Recht*, Nr. 1/1981, S. 39 ff. - "Im Verlauf der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Mannheimer Rechtsanwalt Bock nach Erhebung der Anklage nach Israel gefahren war - nach 1929 geboren, benötigte er für die Reise kein israelisches Einreisevisum - um dort die in der Anklage genannten Zeugen unter Verheimlichung seines Verteidigerstatus aufzusuchen und sie zu beeinflussen." (*Ebd.*, S. 45.)

<sup>37</sup> Martin Durm, Arbeiten am "Gesunden Geschichtsbewußtsein", in: *die tageszeitung*, 9.7.1986. "National-europäisch" ist übrigens ein rechtes Markenzeichen: "Bereits am 4. März 1962 wurde in Venedig das sogenannte europäische Protokoll über die Schaffung eines 'Nationaleuropäischen Partei' unterzeichnet. Der Charakter dieser geplanten Partei ist eindeutig neonazistisch." (Nationalrat der Nationalen Front [Hrsg.], *Graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe/Ziele/Methoden*, Berlin 1967, S. 445.) Auch im Zusammenhang mit der rechten Jugendbewegung ist die Bezeichnung nicht neu. Der "1. Nationaleuropäischen Kongreß der Jugend" fand am 16. September 1972 in Planegg statt (Bericht des *Mut*-Herausgebers Bernhard C. Wintzek, in: *Deutsche Annalen* 1973, S. 266 ff.). Über "nationaleuropäische" Aktivitäten im Dunstkreis der NPD vor diesem Kongreß informieren Klaus Antes/Ulrich Wickert, Ein Kartell-Modell: der "Witikobund", in: Harald Jung/Eckart Spoo (Hrsg.), *Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik*, München 1971, S. 127 f.

Reisel wird beispielsweise im Einladungsschreiben zum NEJ-Seminar vom 11. November 1989 als Seminarleiter und Anmeldeadresse genannt. Als Referenten zum Thema "Nation heute" unter Leitung des IGF- bzw. NEJ-Repräsentanten Reisel hatte man zu dieser Veranstaltung nach Moorbach in die Westpfalz Hans-Dietrich Sander und Reinhold Oberlercher eingeladen.

Sander hatte sich gerade durch seinen Artikel "Der ewige Jude, ein Welträtsel" und seine "Thesen zum Antisemitismus" im theoretischen Organ der NPD empfohlen.<sup>38</sup> Nach früher gehaltvollen Überlegungen zum Einfluß von Juden im Geistesleben Deutschlands<sup>39</sup> ist Sander inzwischen auf das Niveau antisemitischer Vorurteile abgestiegen<sup>40</sup>; er macht beispielsweise in einer dieser Thesen die Juden implizit für die erlittenen Verfolgungen schuldig - als hätten die bösen Opfer die guten Täter provoziert: "Überschwemmten die Folgen das erträgliche Maß, verschafften sich die Völker mit Vertreibungen und Massakern Luft."<sup>41</sup>

Welche Thesen Oberlercher, der zweite der Reisel genehmen Referenten, vertritt, ist in der NEJ-Zeitschrift nachzulesen<sup>42</sup>. Eingedenk des aktuellen Streits um die deutsche Ost- bzw. die polnische Westgrenze und in Hinblick auf die Partnerschaft Wiesbaden/Breslau, sei nur eine Stelle aus Oberlerchers Aufsatz zur "Neuordnung der Alten Welt", der ebenfalls mit antisemitischen Ressentiments kokettiert<sup>43</sup>, zitiert: "Die Ostgrenze ist der Prüfstein für die Ernsthaftigkeit jedes europäischen Sicherheitskonzepts (...) Die deutsch-russische Sicherheitsgrenze wird an den Ostgrenzen der Provinzen Westpreußen, Posen, Oberschlesien, Mähren und Burgenland verlaufen"; dann bleibe "Europa mit Polnischer Politik wie mit Polnischer Wirtschaft verschont".<sup>44</sup>

---

<sup>38</sup> *Nation Europa*, Nr.8-9/1989, S. 59 ff.

<sup>39</sup> Zum Beispiel im Kapitel "Ortloser Marxismus" seiner Dissertation *Marxistische Ideologie und allgemeine Kunsttheorie*, Tübingen 2<sup>1975</sup>, S. 291 ff.

<sup>40</sup> Die Veröffentlichung in *Nation Europa* beruht auf Sanders Buch *Die Auflösung aller Dinge. Zur geschichtlichen Lages des Judentums in den Metamorphosen der Moderne*, München 1988. In diesem Buch ist vom "destruktiven Zusammenhang von Judentum und Moderne" die Rede (S. 8), es wird damit kokettiert, daß "heute hinter vorgehaltener Hand" man sich zuflüstere, "in der Fachbezeichnung Semiotik sei das O zuviel..." (S. 37), schließlich wird in den - dann in *Nation Europa* nachgedruckten - "Thesen zum Antisemitismus" bilanziert: "Die Liquidierung der Juden im Zweiten Weltkrieg war weder einmalig noch unvergleichlich." (S. 173.)

<sup>41</sup> *Ebd.*, S. 173, bzw. *Nation Europa*, a.a.O., S. 66. In Bezug auf Posen, West- und Ostpreußen sowie Schlesien, "den größten Landraub [...], der je am Deutschen Reich verübt wurde", drohte Sander unlängst: "Es für die Polen an der Zeit, froh zu sein, wenn wir die Bürde des Raubes von ihren geplagten Schultern nehmen." (Hans-Dietrich Sander, Appendix-Memoire zu den neuesten polnischen Frechheiten, in: *Staatsbriefe*, Nr. 3/1990, S. 7.)

<sup>42</sup> *Europa*, Nr. 4/1989, S. 27 ff.

<sup>43</sup> S. 28 heißt es, "die Juden" hätten mit der Oktoberrevolution "die Herrschaft ihrer eigenen Nation errichtet" und "mehr als zehn Plagen über Rußland" gebracht; mit der Ermordung Trotzki (des Juden Bronstein) unter Stalin sei "das russische Volk nur halbwegs wieder zur Besinnung" gekommen, habe "an den Ketten der inneren Fremdherrschaft" gerüttelt und endlich "sich des Internationalisten Trotzki entledigt". Es war also sinnlos (Lenin: "Unsinn"), daß Trotzki, solchen Antisemitismus ahnend, die Übernahme einiger Ämter abgelehnt hatte (Zeev Barth, Opfer für die sowjetischen Juden. Neue Dokumente in der UdSSR über die Auseinandersetzung zwischen Lenin und Trotzki, in: *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 10.05.1990; ders., Opferte sich Trotzki für die Sowjetunion, in: *Jüdische Rundschau*, 23.8.1990). Auch IGF-Chef Agrusow hält es für wichtig, im IGF-Rechenschaftsbericht 1988 ins Jahr 1917 und nach Rußland zurückzugehen, um anzumerken, es seien "viele der führenden Köpfe der Revolution und der ersten Regierungen Juden" gewesen (*Menschenrechte*, Nr. 2/1988, S. 16).

<sup>44</sup> *Ebd.*, S. 31 f. Unlängst höhnte dieser unter Frankfurter Menschenrechtlern offenbar geschätzte Referent: "Wo vollkommene Gemeinschaftszerstörung stattgefunden hat, dort blü-

Interessant ist, daß der Wiesbadener IGFM-Repräsentant Theo Reisel 1989 Personen ein Podium bot, die derart mit antisemitischen Vorurteile jonglieren, obwohl seit 1988 die Folgen einer Antisemitismus-Affaire die IGFM erschüttern.

Anfang der 80er Jahre agitierte die IGFM, auf deren CIA-Verbindungen immer wieder verwiesen wird<sup>45</sup>, in bemerkenswertem Gleichklang mit der USA-Außenpolitik gegen das Erdgas/Röhren-Geschäft der SPD/FDP-Koalition mit der UdSSR. Ihre Behauptungen über den Einsatz von Zwangsarbeitern in der UdSSR waren so nicht aufrechtzuerhalten.<sup>46</sup> Als sie unter Begründungszwang geriet, nachdem ihr nachgewiesen wurde, daß sie z.B. längst Freigelassene als Häftlinge genannt hatte<sup>47</sup>, präsentierte die IGFM namentlich als Kronzeugen einen gewissen Wladimir Titow<sup>48</sup>. Von dem behauptete sie, er sei früher KGB-Mitarbeiter gewesen, dann Zwangsarbeiter und Opfer von "Zwangspanychiatrie", nachdem er sich der Mitarbeit beim KGB verweigert habe. Behauptungen, die inzwischen auch widerlegt wurden.<sup>49</sup> Ende 1987 teilte man Titow mit, daß er "bald zu seinen Freunden im Westen" ausreisen könne.<sup>50</sup> In Frankfurt angekommen, nahm die IGFM ihn als Gleichgesinnten in ihre Reihen auf<sup>51</sup> und schickte ihn auf Vortragsreisen.

---

hen die Menschenrechte. Menschenrechte sind das Armenrecht des atomisierten Individuums." Sie betreffen "bloß eine besondere Tierart mit auffällig entwickeltem Großhirn. Die Menschenrechte sind die Rechte dieser besonderen Tiere." (R. Oberlercher, Vergemeinschaftung der Gesellschaft, in: *Staatsbriefe*, Nr. 3/1990, S. 13 ff.) Jüngst nannte er Karl Marx einen "jüdischen Nationalchauvinisten" und das von diesem zusammen mit Friedrich Engels verfaßte Kommunistische Manifest mithin ein jüdisches "Wirtschaftsverbrecher-Programm", über das in der DDR nun endlich, "da das zionistische Hilfscorps blamiert" sei, das "Vorbild" von "Hitlerscher nationaler Sozialpolitik" einen "Triumph" feiere (Oberlercher, Auf zum letzten Gefecht!, in: *Europa vorn*, Nr. 7/1990, S. 4 ff.)

<sup>45</sup> Vgl. Arbeitskreis Nicaragua (Hrsg.), *Propagandisten des Krieges. Hintermänner der Contra: "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" [IGFM-B]*, Wuppertal o. J. [1986?], S. 15 ff.; zum Werdegang des IGFM-Chef Agrusow: *ebd.*, S. 56. Vgl. auch: Julius Mader, Iwan alias Viktor, in: *Freie Welt*, Nr. 11/1989, S. 24 f.: Agrusow sei nach 1945 auch als "Viktor Iwanowitsch" aufgetreten, als "Erich" in der CIA-Agentenkartei bzw. mit falschen Papieren als "Buchmann" und "Lindner"; 1957-1961 habe er von Berlin/W. aus Militärspionage gegen die UdSSR betrieben, sei dann in die USA und von dort zur IGFM-Gründung wieder zurückgekommen.

<sup>46</sup> Regierung hat keine Beweise für Zwangsarbeitereinsatz, in: *Frankfurter Rundschau*, 21.8.1982; Keine Beweise für Zwangsarbeit, *ebd.*, 8.11.1982; "amnesty": Die sechs genannten Bürgerrechtler nicht an der Erdgasleitung beschäftigt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.11.1982; Dreckige Lüge, in: *Der Spiegel*, 16.8.1982.

<sup>47</sup> Vera Ammer, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 246/1987.

<sup>48</sup> M. Zach, Präsident Sektion Schweiz IGFM, bestätigt das in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.11.1987.

<sup>49</sup> Am 17.7.1989 veröffentlichte die an Titows Heimatort Kaluga erscheinende Zeitung *Snamja* einen ganzseitigen Beitrag über Titow. Darin heißt es, Titow sei nie beim KGB beschäftigt gewesen. Bei aller Kritik scheint Verständnis für Titow durch, dessen schwere Vergangenheit in ungerechten Verhältnissen mit Aussagen seiner Bekannten belegt wird. Kritisiert wird vor allem die IGFM, die "Auf den Saiten einer kranken Seele" (so die Artikelüberschrift) ihr Lied habe spielen wollen.

<sup>50</sup> Interner Vermerk der IGFM zum "Anruf von Viktor Beskrownych aus Kaluga/UdSSR am Dienstag, 29.9.1987, 16.15 Uhr".

<sup>51</sup> *Menschenrechte*, Nr. 6/1987, S. 14, zeigt ein Bild der "verehrten Gesellschaft": "Wladimir Titow zwischen Wanda Wahnsiedler [Osteuropa-"Expertin" der IGFM - Anm. d. Verf.] und Iwan Agrusow, dem geschäftsführenden Vorsitzenden der IGFM bei der Begrüßung in der Geschäftsstelle in Frankfurt. In der Hand hält I. Agrusow den Brief, den Wladimir Titow 1983 schrieb: 'Ich bitte, mir die Ehre zu erweisen, Mitglied Ihrer verehrten Gesellschaft zum Schutz der Menschenrechte zu werden.' Jetzt konnte er die Mitgliedsnadel der IGFM entgegennehmen."

Nun machte dieser "Dissident" sich in der Bundesrepublik Deutschland allerdings weniger einen Namen als kompetenter Ankläger der Verhältnisse unter Gorbatschow; Titow, der in der IGFM-Zentrale ein- und ausgehen konnte, fiel stattdessen alsbald durch wüste antisemitische Attacken und Hitlerverehrung auf.<sup>52</sup> Gegenüber Journalisten bekannte er am 10. November 1988, daß er aus der IGFM-Zentrale mit der neofaschistischen, antisemitischen *Pamjat*-Bewegung in der UdSSR<sup>53</sup> Kontakt gehalten hat. Obwohl die IGFM zugestand, daß ihr Titows Ausfälle jedenfalls Anfang 1988 bekannt war, konnte der sich noch Ende September ungeschoren der IGFM-Mitgliedschaft erfreuen. In der August-Ausgabe der IGFM-Hauszeitschrift wurde er sogar dafür gelobt, wie er seine Zuhörer "beeindruckte".<sup>54</sup> Und noch in dem im Oktober 1988 vorgelegten IGFM-Jahresbericht werden, ohne eine Silbe der Distanzierung, ein seitenlanger *Pamjat*-Appell sowie Titow (auf einem Foto) als Teilnehmer der "IGFM-Pressekonferenz am Rande der KSZE in Wien" präsentiert.<sup>55</sup> Auch im darauffolgenden Jahresbericht sucht man vergebens ein Wort der Distanzierung von *Pamjat* und ähnlichen Gruppen.

Vorbehalte gegen Juden waren aus dem IGFM-Dunstkreis bereits früher zu vernehmen gewesen. Nachdem bei den in München stationierten Sendern *Radio Liberty* und *Radio Free Europe* verstärkt aus der UdSSR ausgesiedelte Juden tätig wurden, klagte Roman Redlich, ein NTSler, der auch für die IGFM aktiv wird<sup>56</sup>, in *Posew* über den Zustand der Sender. *Posew* kommentierte: "Es geht um die Haltung, die der Sender einnimmt gegenüber dem russischen nationalen Bewußtsein, gegenüber dem russischen Patriotismus und der russischen orthodoxen Kirche."<sup>57</sup>

Als die Staatsanwaltschaft im Herbst 1988 begann, Ermittlungen gegen den IGFM-Parade-"Bürgerrechtler" Titow aufzunehmen, kam es in der Frankfurter Zentrale zum Eklat. Daraufhin wurde dem Pressereferenten und einzigem SPD-Mitglied in der Geschäftsstelle Platzdasch fristlos gekündigt. Vorwurf: er habe Informationen über die IGFM/Titow-Affäre an die Öffentlichkeit gegeben. Und obwohl die IGFM in einer Gegendarstellung zu dem Platzdasch angelasteten Artikel der *Frankfurter Rundschau* sich mit der Behauptung von Titow distanzierte, dieser hätte inzwischen bei der IGFM Hausverbot, wurde danach ein mit Platzdasch verbündeter IGFM-Mitarbeiter von IGFM-Chef Agrusow abgemahnt, weil es dieses "Hausverbot" einmal durchgesetzt hatte; noch im selben Monat wurde auch diesem Mitarbeiter gekündigt.<sup>58</sup>

---

<sup>52</sup> Vgl. Werner Kahl, Ermittlungsverfahren gegen russischen Dissidenten Titow, in: *Die Welt*, 15.10.1988; Michael Flämig, IGFM im Zwielicht, in: *Frankfurter Rundschau*, 18.11.1988.

<sup>53</sup> Zu *Pamjat* vgl.: *Kontinent*, Nr. 44, S. 54 ff; Werner Adam, *Pamjat...Großrussentum mit antisemitischer Färbung*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.2.1989.

<sup>54</sup> *Menschenrechte*, Nr. 3-4/1988, S. 46: "Auch in Bremen, wo sich Titow auf Einladung der dortigen IGFM-Gruppe aufhielt, beeindruckte der Bürgerrechtler seine über 400 Zuhörer."

<sup>55</sup> *Menschenrechte in der Welt. IGFM-Jahresbericht 1987/88*, München 1988, S. 151 ff., S. 496.

<sup>56</sup> Beispielsweise als derjenige, dem die Vorauswahl des Materials der 1988 erschienenen IGFM-Zeitschrift *Perestrojka* oblag. Ebenfalls 1988 präsentierte die IGFM den 1933 (!) aus der Sowjetunion emigrierten, in Frankfurt wohnhaften Redlich in der Podiumsdiskussion der IGFM-Jahreshauptversammlung (vgl. *Menschenrechte*, Nr. 2/1988, S. 11).

<sup>57</sup> Vgl. Norman R. Wiener, Wellenreiten mit toten Seelen. Zur Rolle von "Radio Liberty" und "Radio Free Europe" im Konzept der Entspannungsgegner, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 8/1976, S. 914; Dieter Maier, Radio Free Europe. Der Antisemitismus beweist seine Vitalität, in: *links*/Juni 1986, S. 17.

<sup>58</sup> Brief des IGFM-Mitarbeiters Markus Sohn an Agrusow, 15.1.1989; vgl. auch dessen die Vorwürfe der Stadt Frankfurt gegen die IGfM bestätigenden Leserbrief: Brutal und repressiv, in: *Frankfurter Allgemeine*, 2.5.1990.

Beim Rausschmiß Platzdaschs mußte sich die IGFM - trotz Ausspruchs weiterer Kündigungen (doppelt genäht, hält besser) - bestätigen lassen, rechtswidrig gehandelt zu haben.<sup>59</sup>

Platzdasch hatte sich auch als Initiator einer Betriebsratsgründung, die er ebenfalls erst unter wiederholter Einschaltung des Arbeitsgerichts durchsetzte<sup>60</sup>, in der IGFM, die bis dahin sechzehn Jahre ohne Arbeitnehmervertretung existiert hatte, unbeliebt gemacht. Diese Auseinandersetzung um die Errichtung eines Betriebsrats ist ebenfalls aufschlußreich für die Position der IGFM.<sup>61</sup>

Nachdem die Auseinandersetzungen um die Betriebsratswahlliste *Eintracht* (polnisch: *Solidarnosc*), auf der der gekündigte Platzdasch mit Unterstützung einiger Kollegen kandidierte, weiter eskalierten, verteilte die Liste ein Flugblatt<sup>62</sup>, in dem sie forderte, daß wenigstens das, was seinerzeit in Polen Kommunisten sogar ihrer Opposition zugestanden, nämlich eine Minderheitenrepräsentation, auch in der IGFM möglich sein sollte. Man bedenke, wie die IGFM versucht hatte, die polnische Gewerkschaft *Solidarnosc* für sich zu vereinnahmen<sup>63</sup>. Weitsichtige Politiker warfen der IGFM schon damals Heuchelei vor.<sup>64</sup> In der IGFM war man jedoch nicht bereit, die bei der ersten Wahl in den Betriebsrat gewählte Liste *Eintracht*, die eine oppositionelle IGFM-Minderheit repräsentierte, zu akzeptieren. Daraufhin zog die Oppositionsliste ihre Kandidatur unter Protest zurück. In einem weiteren Flugblatt hieß es, die von der Mehrheit durchgedrückte Neu-"Wahl" sei eine "Farce", beklagt wurde, daß die IGFM intern die "Dialogbereitschaft" verweigere, die sie außerhalb von anderen Kräften beansprucht; auch habe es erneut nach dem Betriebsverfassungsgesetz strafbare Wahlstörungen durch den Arbeitgeber gegeben.<sup>65</sup>

Nachdem sich die IGFM von Platzdasch, der die Antisemitismus-Affäre publik gemacht haben soll, getrennt hatte, stellte man das alte IGFM-Gründungsmitglied Wladimir Flerow ein, 1921 in Glinitz geboren, Wlassow-Armist. Vielleicht erhoffte man sich von diesem alten Kämpfer, Facharzt für Anästhesie in Eschorn, eine Beruhigung dieser IGFM-Krise. Über "einschlägige" Qualitäten des aus der Ukraine stammenden Flerows und des ebenfalls von dort stammenden, nun Flerow einstellenden IGFM-Personalchefs Müller war zur gleichen Zeit zu lesen: "Flerow hat bei der Wehrmacht als Dolmetscher gedient, dann in der Wlassow-Armee gegen die Russen. Ist dann hier untergetaucht und hat Militärspionage gegen den Osten gemacht. Decknamen 'Alex' und 'Lansky'. War Kassenprüfer bei der IGFM - da hat er Quittungen gefälscht und Gelder unterschlagen. Muß aber unter uns bleiben. Der

---

<sup>59</sup> Landesarbeitsgericht: IGfM kündigte zu Unrecht, in: *Frankfurter Rundschau*, 7.11.1989.

<sup>60</sup> IGFM verliert Arbeitsprozeß, in: *Hessischer Rundfunk*, 9.2.1989; Im Blickpunkt: Gesellschaft für Menschenrechte - Betriebsrat unerwünscht?, in: *Frankfurter Rundschau*, 11.2.1989.

<sup>61</sup> Vgl. *Pflasterstrand*, Nr. 306, 26.1.1989: Menschenrechte bei der IGfM; *Pflasterstrand*, Nr. 310, 23.3.1989: Menschenrechte bei der IGfM, neue Folge; *Pflasterstrand*, Nr. 316, 15.6.1989: Menschenrechte bei der IGfM, Neueste Lieferung (3).

<sup>62</sup> *Betriebsratswahl - Einen mutigen Schritt vorwärts wagen!*, Flugblatt vom 15.6.1989.

<sup>63</sup> *Menschenrechte*, Nr. 2-3/1981, S.2: Foto des Sohn von IGFM-Präsident Gnauck, Gerhard Gn., im *Solidarnosc*-T-Shirt bei einer Spendensammlung.

<sup>64</sup> So mochte der Essener Oberbürgermeister, Horst Katzor, nicht gemeinsam mit der IGFM in Sachen Polen protestieren. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Otto Reschke zieht die IGFM der "Scheinheiligkeit" und stellte klar: "Wer am liebsten durch ein Gesetz die Rechte der deutschen Gewerkschaften und Arbeitnehmer beschneiden möchte, hat bei uns zwar das Recht, für Gewerkschaften und Arbeiter anderer Staaten zu demonstrieren; ob seine Moral allerdings stimmt, wird jeder Bürger selbst beurteilen können." (*Menschenrechte*, Nr. 2/1982, S. 21.)

<sup>65</sup> *Freie Wahlen bei der IGfM unmöglich*, Flugblatt vom 20.6.1989.

andere, der Leonid Antonowitsch Müller, hat auch Geheimdienstnamen: 'Petter' und 'Brunner'. Der ist der Schatzmeister in der Gesellschaft von Anfang an.<sup>66</sup> Zu ergänzen bleibt, daß beide selbstverständlich dem die IGFM prägenden russischen Exilverein NTS angehören.

Die IGFM ist eine rechte Gruppierung<sup>67</sup> mit besten Verbindungen ins rechtsextremistische Lager. In der Rubrik "Wir stellen vor" warb die IGFM für die Zeitschrift *Junges Forum*, die in Hamburg im *Verlag Deutsch-Europäischer Studien GmbH* erscheint.<sup>68</sup> *Junges Forum* gilt einem prominenten rechten Vordenker als die "bekannteste" Zeitschrift der Neuen Rechten, die "in der Hauptsache von Studenten und jungen Kadern gelesen wird".<sup>69</sup> Sie erscheint seit März 1964 - schon bei der Bundestagswahl 1965 unterstützte man die NPD.<sup>70</sup>

Außerdem wurde in einem Gerichtsverfahren beispielsweise bekannt, daß der in Berlin/West lebende Türke Erol Ünsal Sudan nicht nur Funktionär der *Grauen Wölfe* war, sondern auch für die IGFM gearbeitet hatte.<sup>71</sup> Außer den bereits erwähnten, existieren weitere Doppelmitgliedschaften von Funktionären rechtsextremer Vereinigungen. Damit mag es zusammenhängen, daß die IGFM in den letzten Jahren beklagte, sie finde anders als früher in der CDU keine Bundesgenossen mehr.<sup>72</sup>

Zur Sprache kamen Querverbindungen zu den *Republikanern* (REP) und der NPD beispielsweise im Prozeß vor dem Kreisgericht Potsdam-Stadt am 24. Februar 1989. Hier verhandelte das alte stalinistische Unrechtssystem wegen "Menschenhandel" gegen Bundesdeutsche. Deswegen sei hier auch nicht das Urteil zitiert. Von Interesse ist aber der vorherige Auftritt eines Angeklagten, Marino Blankenhagen, der sich ungeniert als Anhänger von NPD, REP - und IGFM präsentierte.<sup>73</sup> Aber auch über REP-Verbindungen direkt in der Frankfurter Zentrale wurde be-

---

<sup>66</sup> B. B. Horst, Portier im Hauptquartier, in: *Eulenspiegel*, Nr. 3/1989, S. 7.

<sup>67</sup> Joachim Käppner, Krawall um die Menschenrechts-Gruppe IGFM. Unruhige Aussprache, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 16.6.1989: "Man tut der IGFM wohl kein Unrecht, hängt man ihr das Etikett 'stockkonservativ' an. Der Blick der Frankfurter Menschenrechtler ist starr auf den Ostblock, kommunistische Staaten und linke Bewegungen in der Dritten Welt gerichtet."

<sup>68</sup> *Menschenrechte*, Nr. 1/1979, S. 30.

<sup>69</sup> Anton Madler [Pseudonym von Armin Mohler], Eine "Neue Rechte" ohne Romantik und Ressentiment, in: *Die Welt*, 21.11.1975.

<sup>70</sup> Günter Bartsch, *Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten*, Freiburg 1975, S. 104 ff.

<sup>71</sup> Peter Niggel, Ein Kreuzberger Tabakladen als Anlaufstelle in Westberlin, in: *Die Wahrheit*, 19./20.2.1988.

<sup>72</sup> *Die Welt*, 16.3.1987. Vom "Liebesentzug des Konrad-Adenauer-Hauses gegenüber der IGFM" berichtete in einem anschaulichen IGFM-Insider-Beitrag Boris Pistunow, Rechte Kanalarbeiter, in: *Publik-Forum*, November 1987. Den DDR-Arbeitsausschusses der IGFM leitet Dr. med. Rothenbächer aus Dietz (der es übrigens fertigbrachte, als Freund der "Menschenrechte" und zugleich als Sympathisant des kriminellen, inzwischen festgenommenen Waffen-, Söldner-, Kinder- und Organhändlers Rainer René Graf Adelman von Adelmanfelden hervorzutreten, was ihm Schelte in der *FAZ* eintrug); Rothenbächer beschuldigte erst vor kurzem CDU-Regierungskreise der Kumpanei mit den "Genossen von der SED/Stasi"; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.1.1990. Am selben Tag, an dem die *Frankfurter Allgemeine* einen Leserbrief Rothenbäckers (23.6.1990: Jetzt keine Vorleistungen) veröffentlichte, in dem dieser vor jeglicher Hilfe für Gorbartschow warnte, konnte man im Wirtschaftsteil dieses Blattes über einen Fünf-Milliardenkredit unter der Überschrift "Der Bund bürgt für den Milliarden-Kredit an die Sowjetunion" lesen.

<sup>73</sup> Robert Allertz, Vom Opfer zum gewissenlosen Werkzeug der Diversion, in: *Junge Welt*, 2.3.1989.

richtet; inzwischen annoncierte die IGFM auch ungeniert ganzseitig in einer Zeitschrift aus dem REP-Spektrum, der sie derart auch Finanzhilfe zukommen läßt.<sup>74</sup>

Um die heutigen Aktivitäten der IGFM genauer beleuchten zu können, bhnt es sich, in das Jahr 1917 zurückgehen. Infolge der Oktoberrevolution bekämpften sich die "Weißen" (die Zartreuen) und die "Roten", die Kommunisten um Trotzki und Lenin. Als sich das Blatt zugunsten der Roten wandte, flohen sehr viele Zartreue, um dem Schicksal der Verlierer zu entgehen und um die Geschichte vielleicht vom Ausland, mit Hilfe fremder Mächte, noch zu "korrigieren". Reste dieser versprengten Weiße-Armee-Fraktion trafen sich in Jugoslawien, wo Ende der 20er Jahre bis 1931 ein antikommunistisches Regime herrschte<sup>75</sup>. 1930, 1932 und 1934 fanden in Belgrad Kongresse statt. Aus dem Schoße der terroristischen Emigrantenorganisation *Allgemeiner russischer Soldatenbund* (ROWS) erwuchs der NTS.<sup>76</sup> Bei dem letzten Treffen kam es dann zur Gründung des *Nationalen Arbeiterbundes der neuen Generation* (NTSNP).<sup>77</sup> Dieser wurde später in den *Volksarbeitsbund* (NTS) umbenannt, der sich aber in Deutsch selbst *Bund russischer Solidaristen* nennt.

Ab 1937 sickerten die ersten NTS-Gruppen in die Sowjetunion ein. Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen erweiterten sie ihren Wirkungskreis drastisch, denn dem NTS waren die Nazis wohlgesonnen.<sup>78</sup> Die NTS-Gruppen stellten sich vorbehaltlos in den Dienst der Hitler-Truppen, führten neben Dolmetschertätigkeiten für die Gestapo auch Sabotage im eigenen Land aus und hatten maßgeblichen Anteil an der Liquidierung jüdischer Bevölkerung.<sup>79</sup> Eine Expertise des US-Außenministeriums weist nach, daß der NTS, als einzige von den Nazis im besetzten Rußland akzeptierte Organisation, mit der *Russischen Faschistischen Union* eine "dauernde Verbindung" eingegangen ist.<sup>80</sup>

Auch in den Reihen der Kollaborationstruppe des russischen General Andrei Andrejewitsch Wlassow wirkten NTSler. Wlassow, der Moskau und Kiew brilliant gegen die Deutschen verteidigt und sich nach seiner Gefangennahme aus Haß gegen das Stalin-Regime mit den Nationalsozialisten verbündet hatte, war selber kein NTSler. Der antikommunistischen Truppe Wlassows hatten sich ganze Regimenter der Sowjetarmee angeschlossen. Wlassows Linie war bedingte Kollaboration - keine Versklavung der UdSSR durch das Dritte Reich. Infolgedessen mißtrauten die Nazis Wlassow - und in Prag schloß sich schließlich eine Wlassow-Division

---

<sup>74</sup> Vgl. Dieter Maier, Porträt: "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte", in: *edp-Entwicklungspolitik*, Nr. 24/1989, S. 25. Inserat in: *Europa vorn*, Nr. 7/1990, S. 27.

<sup>75</sup> Hans-Ulrich Thamer/Wolfgang Wippermann, *Faschistische und neofaschistische Bewegungen*, Darmstadt 1977, S. 94 f.

<sup>76</sup> Die Werwölfe, in: *Sozialistitscheskaja Industrija*, 29.7.1987.

<sup>77</sup> Gaby Estimada Gottwald/Barbara Lucas/Anna Mohr/Dominik Diehl/Gerd Hußmann/Sean Steinbach, *Die Contra Connection* [CoCo], Hamburg 1989, S. 237.

<sup>78</sup> Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1945*, Düsseldorf 1958, S. 539 f.: "Nur eine Emigrantengruppe nahm aktiv am Kampf teil [...]: Die Russischen Solidaristen (NTS). Leibbrandt hatte sie als einzige großrussische Organisation anerkannt, mit der er wegen ihrer 'Dynamik' und ihrer dem Faschismus ähnlichen Ideologie zusammenzuarbeiten bereit war. [...] Kaminskijs russische Nazi-'Partei' stand unter der Leitung von NTS-Funktionären. Das vom Ost-Ministerium unterhaltene Schulungslager für 'bekehrte' Gefangene in Wustrau war in Wirklichkeit eine Domäne der NTS [...] In mindestens vierzig Städten und Großstädten der besetzten Gebiete wurden die Posten von Bürgermeister, Polizeichefs und Zeitungsverlegern mit Proselyten der NTS besetzt; schließlich waren die führenden Leute innerhalb der Wlassow-Bewegung ebenfalls NTS-Mitglieder".

<sup>79</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 7.

<sup>80</sup> NTS - The Russian Solidarist Movement. *External Research Staff. Office of Intelligence Research. Series 3, No. 76* - December 10, 1951/Department of State, p. 2.

unter dem Kommando Bunjatschenkos dem Aufstand gegen die SS an.<sup>81</sup>

Hitlers Unvernunft visàvis seines Untergangs scheint man im NTS heute noch zu betrauern: "Ja selbst am Vorabend des Untergangs konnte sich Hitler nicht entschließen, Wlassow freie Hand zu geben."<sup>82</sup> Die IGFM setzte sich für den Fall eines verurteilten Wlassow-Armisten ein und ließ dabei ihre Sympathien für Wlassow erkennen.<sup>83</sup>

Schon bald nach der Niederlage, nämlich 1947, gab der NTS eine Zeitung mit dem Namen *Posew* (meist *Possev* geschrieben) heraus, die noch heute - mit Beiträgen von IGFMlern<sup>84</sup> - erscheint. Und schon früh ging man davon aus, daß NTS ohne Geheimdienstverbindungen<sup>85</sup> und -finanzierung<sup>86</sup> undenkbar ist.

Am 8. April 1972 wurde unverkennbar unter NTS-Einfluß die *Gesellschaft für Menschenrechte* ins Leben gerufen (die erste Anschrift<sup>87</sup> ist noch eine bekannte NTS-Adresse!); sodann wurde im Juli desselben Jahres ebenfalls in Frankfurt/Main das moderne *NTS/Posew/Polyglott*-Gebäude eingeweiht.<sup>88</sup> Die IGFM-Kreation war wohl als Kosmetik in der öffentlichen Meinung gedacht war<sup>89</sup>.

---

<sup>81</sup> Vgl. Hans Werner Neulen, *Europas verratene Söhne*, Bergisch Gladbach 1982, S. 182 f.; Werner Rings, *Leben mit dem Feind. Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa 1939-1945*, München 1979, S. 192 ff.; Claudio Magris, *Mutmaßungen über einen Säbel*, München 1986.

<sup>82</sup> *NTS*, Frankfurt am Main 1979, S. 35.

<sup>83</sup> Trotz Glasnost erneut verurteilt, in: *Menschenrechte*, Nr. 3-4/1988, S. 37.

<sup>84</sup> Vgl. Beiträge des Führers der Moskauer IGFM-Gruppe Senderow (der auch zum "Redaktionskollegium" der Zeitschrift gehört), in: Nr. 1/1989, S. 35 ff.; ebd., S. 44 ff.; Nr. 3/1989, S. 21 ff.; Nr. 8/1989, S. 25 ff.; Beitrag des in der Frankfurter IGFM-Zentrale angestellten Flerow, in: Nr. 7/1989, S. 54 ff.

<sup>85</sup> Kalter Krieg. Seltsamer als ein Roman, in: *Der Spiegel*, 28.4.1954, S. 7 ff. Sehr interessant sind auch die zahlreich vorliegenden eidesstattlichen Erklärungen, in denen sich UdSSR-Emigranten gegenseitig der Spionage für Ost oder West bezichtigten (z.B. Ingor Zawadzky-Krasnopolsky, Wiesbaden/23.3.1954; Andrej Kossarew, München/24.3.1954; Eugen Arciuk [Derschawir], München/24.3.1954). Zusammenfassend: *IGFM-B, a.a.O.*, S. 15 ff. Nachfolgend seien nur noch einige Veröffentlichungen über Geheimdienstaffären genannt, in welche die IGFM verstrickt war. Westberliner Staatschutz stellt Ermittlungen an, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 9.8.1980 (Kurt Schütt); Im Februar kam eine Nachricht aus dem DDR-Gefängnis..., in: *Flensburger Tageblatt*, 12.8.1980 (Schütt); Lebenslänglich für einen Westdeutschen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.8.1980 (Kurt Schütt); Werner Kahl, Spionage-Affäre um einen Baulöwen im pechschwarzen Jaguar, in: *Die Welt*, 2.2.1981 (Karl-Heinz Hedke); Dr. Schreck und die Neonazis, in: *Der Spiegel*, Nr. 37/1981 (Udo Albrecht).

<sup>86</sup> Über NTS als Hauptnutznießer des "100 Millionen Dollar-Fond für die Unterstützung des antibolschewistischen Abwehrkampfes, abgezweigt aus dem amerikanischen Budget für Auslandshilfe", berichtete unter der Überschrift "Millionen, die nicht schlafen lassen": *ABN-Korrespondenz*, 4. Jahrgang, Nr. 3/1952, S. 4 (Hrsg. *Antibolschewistischer Block der Nationen*).

<sup>87</sup> *Criticón*, Nr.22/1974, S. 78: "Inheidenstr. 3".

<sup>88</sup> Man nimmt an, daß die Masse der Subsidien aus dem Reptilienfonds der CIA stammt. Vgl. *Berliner Extra-Dienst*, Nr. 49/1973.

<sup>89</sup> *CoCo*, a.a.O., S. 239. In einer neueren Darstellung der IGFM-Geschichte heißt es, 1972 habe NTS "aus taktischen Gründen" beschlossen, "die Knospe einer weiteren antisowjetischen Organisation von sich abzutrennen" (Der Sumpf am Main, in: *Trud*, 17.12.1987). In der Selbstdarstellungsbroschüre des Pose-Verlags wird auf eine besondere Fähigkeit des NTS verwiesen: "Es wurden Betriebe organisiert, fiktive oder echte, zur Tarnung der Untergrundtätigkeit." (*NTS*, Frankfurt/M. 1979, S. 34)

Denn auf Ende der 60er/Beginn der 70er Jahre ist der Anfang vom Ende des Kalten Krieges, dessen Zeuge wir gegenwärtig werden, festzusetzen. Damit verlor auch die militante, offen auf revanchistische und aggressive Absichten von Emigranten setzende Strategie<sup>90</sup> an Bedeutung. In die Zeit der sogenannten "Entspannung" paßten nicht mehr illegale Kommandounternehmen, illegale Radiosender (wie sie sowohl die illegale KPD wie auch der NTS betrieben) gegen den Gegner, Flugschriften (verbreitet durch Geschosse oder Luftballons) usw. Nun sollte es "die Politik der Vereinigten Staaten sein, Verhandlungen nicht als ein Forum für Schmähreden des Kalten Krieges oder ideologische Debatten zu benutzen", wie US-Präsident Nixon dem Kongreß am 18. Februar 1970 berichtete<sup>91</sup>.

1969 traten in den USA der neue Präsident Nixon, in der Bundesrepublik Deutschland die neue sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt die Regierung an. Beide beabsichtigten eine Wende in den Beziehungen zum Osten, nachdem die aggressiv-antikommunistische "roll-back"-Strategie wie auch schlechthin die "Politik der Stärke" gescheitert waren. Grundlegende Änderungen in den Beziehungen fanden innerhalb kürzester Zeit statt<sup>92</sup>: Im August 1970 wurde der deutsch-sowjetische Vertrag unterzeichnet; im Dezember 1970 der deutsch-polnische, im September 1971 das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, schließlich im Dezember 1972 der Grundlagenvertrag mit der DDR. Die Neuerungen blieben nicht nur auf Deutschland bezogen: 1970 kam es zum ersten SALT-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR, im November 1972 begann die *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE). Diese Politik war hierzulande heftig umstritten, aber als die Verträge mit Moskau und Warschau am 19. Mai 1972 im Bundestag gebilligt wurden, war klar, daß neue außenpolitische Konzepte Konjunktur hatten: das Leitorgan der deutschen Rechten nannte dieses Datum "für die deutschen Konservativen die stärkste Zäsur seit Kriegsende"<sup>93</sup>.

Im NTS erkannte man, daß nicht mithilfe verbrauchter Parolen der 50er Jahre Politik mit Aussicht auf Erfolg zu machen war - die Zukunft gehörte der Systemauseinandersetzung im Rahmen friedlicher Koexistenz. Fragen der Ökonomie und Demokratie - und mithin der Menschenrechte - sollten an Bedeutung gewinnen.<sup>94</sup> Vielleicht erinnerte man sich im NTS bei der Schaffung der IGFM des alten Mottos für Zeiten großen Wandels: "Wenn wir wollen, daß alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, daß alles sich verändert."<sup>95</sup> Jedenfalls haben noch Personen wie Agrusow und der 1920 in Nesterowetz geborene Müller, die als NTS-Aktivisten bekannt wurden, die Schlüsselfunktionen der IGFM, Geschäftsführer bzw. Schatzmeister, inne. Als die IGFM 1987 Gruppen in Moskau und Leningrad gründete und übrigens sogleich mit modernster Technik (PC, Telefax) ausstatten konnte, ließ sich auch dort die IGFM von NTSlern<sup>96</sup> repräsentieren: in Leningrad durch Rostislaw

---

<sup>90</sup> James Burnham, *Die Strategie des Kalten Krieges*, Stuttgart 1950, S. 263 ff.: "Flüchtlinge, Vertriebene, Befreiung".

<sup>91</sup> Zit. n.: Ernst-Otto Czempel/Carl-Christoph Schweitzer, *Weltpolitik der USA nach 1945*, Bonn 1989, S. 323.

<sup>92</sup> Vgl. Berndt von Staden, *Das Management der Ost-West-Beziehungen*, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz [Hrsg.], *Weltpolitik*, Bonn 1985, S. 119 ff.

<sup>93</sup> *Criticón*, Nr. 12/1972, S. 142.

<sup>94</sup> Vgl. die Broschüre des NTS-Ideologen Roman Redlich (Redakteur der 1988 erschienen IGFM-Zeitschrift *Perestrojka*): *Solidarnost i Swoboda*, Frankfurt/M. 1984, S. 156 ff.

<sup>95</sup> Giuseppe Tomasi di Lampedusa, *Der Leopard*, Frankfurt/M. 1963, S. 38. (Der italienische Kommunist L. Visconti hat diesen großartigen Roman, das Hauptwerk des italienischen Konservatismus, verfilmt.)

<sup>96</sup> Helena Wanin, Rußland: Die Wiedergeburt des Konservatismus, in: *Criticón*, 111/1989, S. 33; Karl Schlögel, *Der renitente Held*, Hamburg 1984, S. 13. Helena Wanin, Geistige Revolution im Schatten Solschenizyns (Herbst 1989 - Winter 1990), in: *Criticón*, Nr. 118/1990, S. 97: NTS "verfügt inzwischen über eigene Informationszentren und Druckereien" in der UdSSR; "die meisten Exemplare der Zeitschrift 'Possew' [wurden] nicht mehr in Frankfurt,

Jewdokimow, in Moskau durch Waleri Senderow - obwohl beide ohne Zweifel Opfer des Breschnewschen Neostalinismus<sup>97</sup> waren, so muß doch an ihre politisch zwielichtigen Aktivitäten erinnert werden.

Senderow unterzeichnete am 15. November 1988 "An die Teilnehmer der weißen Bewegung (Ein Telegramm aus Moskau)". In diesem Aufruf zum Bürgerkrieg in der UdSSR heißt es: "Wir gratulieren den Kämpfern der Weißen Armee [...] Wir hoffen, daß die von General Alexejew erhobene Trikolore bald wieder über den Weiten unseres Landes flattern wird."<sup>98</sup> Wie schrieb doch IGFM-Präsident Gnauck über den "Auftrag der IGFM", sogar im Originaltext fett hervorgehoben: die IGFM wolle nur "einzelne Personen und Gruppen unterstützen, die in ihren Ländern gewaltlos für die Verwirklichung der Menschenrechte eintreten"<sup>99</sup>. Man stelle sich vor, die "Solid-Szene" der "Antilmps" würde ins Stammheimer Gefängnis telegrafieren: "Wir gratulieren den Kämpfern der Roten Armee Fraktion... Wir hoffen, daß das von Andreas Baader erhobene Banner der Stadtguerilla bald wieder über den Dächern der kapitalistischen Metropolen flattern wird" - Hand auf's Herz, Herr Gnauck: würde die IGFM Prozeßbeobachter schicken, falls die deutsche Staatsanwaltschaft nicht so nachsichtig mit den Verfassern umginge wie die sowjetische mit Ihrem "russischen Bürgerrechtler"? Würde die IGFM den Fall adoptieren?! - Zurück zu Senderow von NTS/IGFM, dem "als Vorsitzender des für Menschenrechtsfragen zuständigen Gremiums des Deutschen Bundestages" Friedrich Vogel "Solidarität und Unterstützung" zusagte.<sup>100</sup> Senderows Telegramm war kein "Ausrutscher", denn die NTSlerin Jelena Wanin aus Wien, bestens bekannt auch in der österreichischen IGFM-Sektion, deren Vorsitzende eine andere NTSlerin ist<sup>101</sup>, klärt über den "russischen Monarchisten" Senderow auf: "Das Telegramm an die im Westen lebenden Teilnehmer der antibolschewistischen Weißen Bewegung [...] wurde von den gleichen Personen verfaßt, die vor etlichen Jahren einen ähnlichen, wenn auch anonymen, Appell an die 'Ritter der Weißen Idee' richteten."<sup>102</sup> Wanins Bericht ist auch zu entnehmen, daß Igor Ogurzew, den die IGFM jahrelang groß herausgestellt und noch auf ihrer Jahresversammlung 1988 als Gastredner hatte<sup>103</sup>,

---

sondern in Rußland gedruckt".

<sup>97</sup> TASS, 5.7.1987: "Als gewöhnliche 'Ente' entpuppte sich die gestrige Mitteilung der Agentur Reuter darüber, daß in der usbekischen Stadt Jangigjule, die 40 km von Taschkent entfernt liegt, die Miliz angeblich eine Demonstration von 5000 Krimtataren, welche die Rückkehr auf die Krim forderten, auseinandergetrieben habe. Beim Bericht über die mystische Demonstration berief sich Reuter auf einen gewissen Dissidenten namens Waleri Senderow. Eine sorgfältige Überprüfung ergab jedoch, daß weder in Jangigjule, noch in anderen Städten der Republik in den letzten Tagen Demonstrationen von Krimtataren stattfanden." Über Senderow auch: Ich bin bereit, mich der staatlichen Duma zu fügen/Einige Mitteilungen über einen politischen Spekulanten, der in seiner Moskauer Wohnung die Opposition darstellt, in: *Sowjetskaja Rossija*, 31.1.1988; "Pamjat" und andere, in: *Prawda*, 1.2.1988.

<sup>98</sup> Helena Wanin, Konservatismus in Rußland: Januar bis Juli 1989, in: *Criticón*, Nr. 115/1989, S. 248. Im Herbst 1989 erläuterte Senderow in der lettischen Zeitschrift *Atmoda* des NTS "Verbindungen zur Weißen Bewegung" (Helena Wanin, Geistige Revolution im Schatten Solschenizyns [Herbst 1989 - Winter 1990], in: *Criticón*, Nr. 118/1990, S. 96).

<sup>99</sup> In: *Menschenrechte in der Welt... 1987/88*, a.a.O., S. 9.

<sup>100</sup> Brief/Bonn, 16.10.1987, in: IGFM (Hrsg.), *Den Bürgerrechtlern eine Chance!*

<sup>101</sup> Deren 1975 geborener Sohn auf den Namen "Dimitri" hört. Es sorgt immer wieder im Kreis der IGFM-Mitarbeiter für Heiterkeit, wenn etwa von der USA- oder Kanada-Sektion der IGFM berichtet wird, da dann nicht englischklingende, sondern nur osteuropäische Namen, wie etwa der des Leiters der USA-Sektion Padjukow, zu vernehmen sind. In Mexiko repräsentiert die IGFM ein Deutscher namens Hilmar von Campe, dessen Interesse weniger Lateinamerika als vielmehr einer Art von Vergangenheitsbewältigung gilt, die in NPD-Kreisen Lob findet, geht es doch gegen "die Heuchelei und Doppelmoral der Geißlers und Blüms in Chile, eines Tutu in Südafrika" (vgl. Fußnote 438).

<sup>102</sup> *Criticón*, Nr. 115/1989, S. 248.

<sup>103</sup> *Menschenrechte*, Nr. 2/1988, S. 9.

bereit sei, die *Christlich-Patriotische Union* (CPU) zu repräsentieren. Bei der CPU erinnern, so Wanin, "viele Programmpunkte" an *Pamjat*, auch fehlt die von der IGfM beanspruchte Gewaltlosigkeit im Programm.<sup>104</sup> Ein Mitarbeiter der IGFM-Zentrale ist hoher Funktionär der CPU. Daher bedankte sich der "Rat der CPU" brieflich bei IGFM-Präsident Gnauck: "Seit ihrer Gründung erfuhr die CPU stets eine starke Unterstützung von Seiten der IGFM in der Person W. Fefelows."<sup>105</sup>

Der IGFM-Vertreter in Leningrad, Jewdokimow, hatte Ende 1988 den Eindruck, daß man sich staatlicherseits für ihn interessiere. Die IGFM präsentierte ihn sogleich wieder als "verfolgten Bürgerrechtler".<sup>106</sup> Es hieß, Jewdokimow wage es, nach einer Wohnungsdurchsuchung im Dezember 1988, "seit einiger Zeit nicht mehr, sich in seiner Wohnung aufzuhalten, weil er befürchte, festgenommen zu werden"<sup>107</sup>. Intern wurde gar gerücheweise verbreitet, das sei die Folge von Platzdaschs Aktivitäten, denn der *Frankfurter Rundschau*-Artikel über die IGFM-Antisemitismus-Affäre hatte auch in der Sowjetunion Beachtung gefunden.<sup>108</sup>

Jelena Wanin leuchtet allerdings einen ganz anderen Hintergrund bei Jewdokimow aus: der habe am 12. November 1988 für "eine echte Überraschung" gesorgt, nämlich in einem Leningrader Stadion öffentlich "die sowjetische Hammer-und-Sichel-Fahne niedergeholt und zum ersten Mal seit 70 Jahren die nationalrussische weiß-blau-rote Fahne gehißt"<sup>109</sup>. Dazu ist allerdings anzumerken, daß auch das bundesdeutsche Strafgesetzbuch mit § 90 a eine Vorschrift kennt, nach der bestraft wird, "wer eine öffentlich gezeigte Flagge [...] entfernt, zerstört, beschädigt, unbrauchbar oder unkenntlich macht oder beschimpfenden Unfug daran verübt. Der Versuch ist strafbar." Als derartige Verunglimpfung sah das höchste deutsche Strafgericht bereits "das verächtliche Bezeichnen der Bundesfahne als schwarz-rot-gelb" an<sup>110</sup>. Vom Einsatz der IGFM für italienische<sup>111</sup> oder bundesdeutsche Flaggenschänder wurde bisher nichts bekannt, nicht einmal in dem umstrittenen Fall vor den Toren der IGFM in Frankfurt, in welchem es immerhin um Kunstfreiheit ging<sup>112</sup>.

Im Zusammenhang UdSSR-Aktivitäten und NTS-Verbindungen verdient auch das Schicksal der rußlanddeutschen Familie Los Erwähnung, ein IGFM-Fall. Familie Los geriet in die Fänge von NTS bzw. IGFM, übersiedelte nach Frankfurt, Herr Los versah beim NTS für 700 DM Hausmeisterdienste ("ohne rechtlichen Status, ohne jedwede Ansprüche etwa auf ärztliche Betreuung"), von der IGFM falsch beraten,

---

<sup>104</sup> *Criticón*, Nr. 115/1989, S. 249. Ein *fellow traveller* der IGfM berichtete (Wolfgang Strauss, Russlands Wiederauferstehung, in: *Staatsbriefe*, Nr.3/1990, S. 20): "Unter Berufung auf Thomas von Aquin, der nach Ansicht Ogurzews die Pflicht zum Kampf gegen die Tyrannei postuliert, bejahte der Volksbefreiungsbund einer bewaffnete Erhebung."

<sup>105</sup> Je. Paschnin (Vorsitzender), B. Skatow (Sekretär), Moskau, 22.7.1989; im Auftrag Skatows unterschrieb die Vorsitzende des CPU-Sekretariats Walentina Schimanjuk.

<sup>106</sup> *Menschenrechte*, Nr. 1/1989, S. 34.

<sup>107</sup> Wieder Repression gegen Bürgerrechtler, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.5.1989.

<sup>108</sup> Nachdruck z.B. in: *Sa rubeschom*, 12.12.1988; *Snamja* [Kaluga], 27.3.1989.

<sup>109</sup> Helena Wanin, Rußland: Wiedergeburt des Konservatismus, in: *Criticón*, Nr. 111/1989, S. 33.

<sup>110</sup> Eduard Dreher, *Strafgesetzbuch*, München<sup>36</sup>1976, § 90 a Rdz. 6.

<sup>111</sup> In Italien wurde ein Chefredakteur zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er in einem Kommentar einen Fahnenverstoß der italienischen Regierung kritisiert hatte (vgl. Astaf Domberg, Fahnenverstoß, in: *Die Welt*, 11.11.1987).

<sup>112</sup> OLG Frankfurt, in: *Demokratie und Recht*, Nr. 2/1984, S. 220 ff.; Freiheit der Kunst darf nicht alles, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.1.1986.

vom NTS bedroht, gekündigt und auf die Straße gesetzt, baten Alexander und Antonina Los schließlich Gorbatschow in einem Brief, in die weißrussische Heimat zurückkehren zu dürfen - was ihnen prompt ermöglicht wurde.<sup>113</sup> Auch der Afغانistankrieg-Deserteur Waschtschenko, mit dem die IGFM zunächst viel Propaganda gemacht hatte,<sup>114</sup> zog es 1988, sich von der IGFM alleingelassen und verheißt fühlend, vor, wieder in die UdSSR zurückzukehren.

Einige Zeit nach der Gründung war es der IGFM 1973 gelungen, mit Cornelia I. Gerstenmaier, der Tochter des früheren Bundestagspräsidenten, eine honorige Person als IGFM-Präsidentin zu gewinnen, die überdies als Spezialistin für die Bürgerrechtsbewegung in der UdSSR ausgewiesen war. Gerade weil sie aber einen guten Ruf zu verlieren hatte, mochte sie bereits 1978 nicht mehr ihren Namen für die obskuren IGFM-Praktiken hergeben. Es waren solche Gründe, wie sie schrieb, "die mich seinerzeit zum Niederlegen des Vorsitzes und zum Austritt aus der (I)GfM bewogen haben. Spätere Erfahrungen mit der IGFM haben bedauerlicherweise diesen Schritt im nachhinein gerechtfertigt erscheinen lassen."<sup>115</sup> Der prominente UdSSR-Dissident Wladimir Bukowski erklärte im Februar 1985 seinen Austritt aus der IGFM, deren Kuratorium er angehört hatte.<sup>116</sup> Auch der Kölner Professor Martin Kriele, wahrhaftig keiner Kommunistenfreundlichkeit verdächtig,<sup>117</sup> der dem IGFM-Kuratorium angehörte und zu deren zehnjährigem Bestehen noch den Festvortrag hielt, ist inzwischen aufgrund obskurer IGFM-Praktiken auf Distanz zur Frankfurter Zentrale gegangen.

Wie skrupellos NTSler mit sowjetischen Dissidenten umgingen, kann am Beispiel Solschenizyn gezeigt werden. In einer Biographie aus der Feder eines Freundes von Solschenizyn wird von den obskuren Praktiken der Frankfurter Kämpfer berichtet. So fiel beispielsweise die NTS-Literaturzeitschrift *Grani* (die verantwortliche Redakteurin Jekaterina Breitbart ist jetzt zugleich in der IGFM-Zentrale angestellt und soll Kontakt zu den IGFM-Gruppen in der UdSSR halten) in der UdSSR auf durch provokatorische Telegramme und Raubdrucke<sup>118</sup>, dubiose Abgesandte des NTS, die unangemeldet auftauchen und gefährliche Anliegen vorbringen<sup>119</sup>, entstellte Veröffentlichungen in *Posew*<sup>120</sup> und schließlich gar die Veröffentlichung dreier NTS-Fälschungen: "Mein Bruder Roi A. Medwedjew mußte einmal eine Erklärung veröffentlichen, daß ein provokativer Artikel *Die Wahrheit über die Gegenwart*, der in der Zeitschrift *Possev* (1970 Heft 1) abgedruckt und mit R. Medwedjew unterzeichnet war, eine Fälschung darstellt. Auch das Akademiemitglied A. D. Sacharow wies einmal auf eine solche Fälschung hin".<sup>121</sup>

---

<sup>113</sup> Karl-Heinz Krumm, Sie kamen als Opfer und sie blieben es auch, in: *Frankfurter Rundschau*, 2.11.1988, S. 14.

<sup>114</sup> Walter H. Rueb, Die Odyssee des Soldaten J. Iwanowitsch Waschtschenko, in: *Die Welt*, 27.9.1983.

<sup>115</sup> Leserbrief in: *Neue Zürcher Zeitung*, 23.11.1987.

<sup>116</sup> Leonie Louegk, Humanitäres Gewissen?, in: *Frankfurter Rundschau*, 14.8.1987.

<sup>117</sup> Im März 1986 trat er aus der SPD aus und soll bei der Bundestagswahl 1990 für die CDU kandidieren.

<sup>118</sup> Shores Medwedjew, *Zehn Jahre im Leben des Alexander Solschenizyn. Eine politische Biographie*, Darmstadt/Neuwied 1974, S. 85 f.

<sup>119</sup> Ebd., S. 90 ff.

<sup>120</sup> Ebd., S. 132 ff.

<sup>121</sup> Ebd., S. 97; vgl. auch Andrej Dimitrijewitsch Sacharow, *Stellungnahme*, Wien/München/Zürich 1974, S. 61 (zur Fälschung) und S. 154 f. ("Ich behalte mir das Recht vor [...] Aspekte der Tätigkeit von NTS zu verurteilen, die man als Provokation betrachten kann - wie etwa die Entsendung Sokolows [Nicolas Brocks Sokolow, ein Kurier des NTS, wurde bei seiner Ankunft in der Sowjetunion festgenommen und sagte in dem Prozeß als Zeuge der Anklage aus. A. d. Verl.] zum Prozeß Galanskow-Ginsburg".)

1981 kam es zum vorerst letzten Namenswechsel: die GFM wurde in IGFM umbenannt. "Dieser Schritt war notwendig geworden, weil nur internationale Organisationen Zugang zu UNO und Europarat haben. Auch die Europäische Gemeinschaft fördert nur Vereinigungen, die diesen Status haben."<sup>122</sup> Der Konsultativstatus bei den *Vereinten Nationen* blieb der IGFM, die sich durch Jörn Ziegler in New York repräsentieren ließ, bisher versagt; beim *Europarat* wurde er ihr zugestanden<sup>123</sup>. Erwähnung verdient in dem Zusammenhang, daß (noch?) ein italienischer Sozialist als Kuratoriumsmitglied das IGFM-Briefpapier zierte, nämlich der inzwischen zum EG-Kommissar für Umwelt avancierte Carlo Ripa di Meana<sup>124</sup>. Es ist paradox, daß einerseits das Europaparlament von Gorbatschow "das schnellstmögliche Verbot" der *Pamjat*-Gruppe forderte<sup>125</sup>, und daß andererseits mit Ripa jemand im Kuratorium einer Gesellschaft sitzt, der Verbindungen zu *Pamjat* nachgewiesen wurden<sup>126</sup>.

Als im März 1982 das 10jährige Bestehen der GFM gefeiert wurde, kam es zum Eklat. In den Wahlen zum 10. Vorstand wurde Andrei Sacharow zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Andrei Sacharow hat diese Wahl jedoch nie angenommen und drohte mit rechtlichen Konsequenzen, da sein Name schon auf diversen Briefköpfen prangte.<sup>127</sup> Peinlich war der IGFM bei dieser Affäre nur, daß sie öffentlich geworden war.<sup>128</sup> Schon einmal hatte die IGFM Grund, ihre Briefbögen zu korrigieren, und zwar, nachdem ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft beim Wiesbadener Landgericht, Aktenzeichen 6 Js 8971/80, ergeben hatte, daß der damalige IGFM-Präsident Hellmuth Nitsche "den Titel eines Professors zu Unrecht geführt" habe.<sup>129</sup> Neuerdings fiel Nitsche wieder auf, da er am Institut des IGFM-Kuratoriumsmitglieds Bossle referierte, und zwar ausgerechnet über "Die Welt der Geheimdienste im 20. Jahrhundert".<sup>130</sup>

---

<sup>122</sup> *Menschenrechte*, Nr. 2-3/1981, S. 7.

<sup>123</sup> IGFM erhält Konsultativstatus beim Europarat, in: *Die Welt*, 3.4.1985.

<sup>124</sup> Ripa de Meana 60 Jahre, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.8.1989 ("Sozialist, einst unter dem Eindruck des Ungarnaufstandes von 1956 aus dem kommunistischen Lager übergetreten").

<sup>125</sup> Helena Wanin, Rußland: Wiedergeburt des Konservatismus, in: *Criticón*, Nr. 111/1989, S. 33.

<sup>126</sup> Zur Pamjat-Verbindung vgl. die von deutschen IGFM-Dissidenten herausgegebene *Express Chronik zur IGfM. INFO-BRIEF*, Nr. 1/1989, S. 5.

<sup>127</sup> Sacharow läßt absagen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.11.1982.

<sup>128</sup> Iwan Agrusow, Sacharows Absage, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.12.1982.

<sup>129</sup> *Der Stern*, 9.10.1980.

<sup>130</sup> Ralf Müller, SPD-Politiker sieht hinter Forschungsinstitut Geheimdienstsumpf, in: *Frankfurter Rundschau*, 16.9.1989.

Die Mitgliederzahlen der IGFM<sup>131</sup>

	Mitglieder	Flugblätter, Plakate und Zeitungen	Zeitschriften und Dokumen- tationen
April 1972	13	-	-
Dezember 1972	22	8.000	500
Dezember 1977	1.065	350.000	103.000
Dezember 1982	2.325	1.420.000	109.000
Dezember 1984	2.713	2.630.000	73.500
Dezember 1986	3.065	1.650.000	195.000
Januar 1987	5.352	3.118.000	182.600

Die Angaben für 1987 beziehen sich - im Unterschied zu den vorangehenden - nicht nur auf die deutsche Sektion, sondern auf die IGFM insgesamt. Selbst wenn diese Angaben aus Werbegründen manipuliert sein sollten, so bleibt festzuhalten, daß die IGFM für 1987 ein Budget von 4.050.000 DM, für 1988 von 3.574.000 DM bzw. 3.948.451,32 DM angab.<sup>132</sup> Die Stadt Frankfurt hat inzwischen ihre Förderung der IGFM eingestellt, wie SPD und *Die Grünen*<sup>133</sup> es beantragt hatten.<sup>134</sup>

1989 gab die IGFM an, über 3539 Mitglieder, "rund 6000 Aktivisten und Helfer sowie einen Förderkreis von etwa 75 000 Menschen in der Bundesrepublik" zu verfügen.<sup>135</sup> Ableger hat der Verein noch in Argentinien, Australien, Belgien, CSSR, Dänemark, DDR, Ekuador, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Israel, Italien, Jugoslawien, Kanada, Kuba, Mauritius, Mexiko, Namibia, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien, UdSSR, Ungarn und USA; die Sektion Malta wurde 1988 liquidiert. Die Zentren in der BRD waren Berlin, München und Stuttgart. Infolge der IGFM-Querelen wurden jedoch innerhalb des letzten Jahrs die Büros in München und Stuttgart geschlossen. Auch das Berliner Büro steht auf der Kippe, nicht nur, weil die IGFM noch unter dem CDU-Senat Zuschüsse zurückzahlen mußte, da sie für mehrere Jahre keine ordnungsgemäße Mittelverwendung nachweisen konnte.

Auf dem evangelischen Kirchentag 1987 kam es zu Protesten am Stand der IGFM. Auf dem Kirchentag 1989 erhielt sie keinen Stand mehr; eine Veranstaltung, die den Vorwürfen gegen die IGFM galt, wurde zu einem Tribunal gegen sie umfunktioniert.<sup>136</sup> Auch auf der Frankfurter Buchmesse, wo die IGFM bisher einen kostenlosen Stand bekommen konnte, mochte man ihr diesen 1989 erstmals nicht

---

<sup>131</sup> CoCo, a.a.O., S. 235; *IGFM-B*, a.a.O., S. 28; *Menschenrechte in der Welt...1987/88*, a.a.O., S. 491. Co-Autor wurde Zeuge, wie Agrusow solche Daten ohne Unterlagen über den Daumen peilend erschuf. Es ist anzunehmen, daß all diese Zahlen im Hinblick auf die Kreise, denen die IGfM (nicht zuletzt finanziell) verpflichtet ist, stark übertrieben sind. Ohne Bedeutung und Einfluß ist man politisch und mithin auf für Geldgeber uninteressant. Tatsächlich arbeiten aber in der IGfM-Zentrale keine hochkarätigen Teufelskerle - es geht oft unglaublich diletantisch bis chaotisch und auch finanziell schludrig zu.

<sup>132</sup> *Menschenrechte in der Welt...1987/88*, ebd.; *Pressemitteilung* zur Jahreshauptversammlung, 4.3.1989; Prüfbericht der *Treufina* Bad Homburg, 14.4.1989.

<sup>133</sup> SPD-Etatantrat wegen Berichten "über äußerst dubiose Verstrickungen in antisemitische Kampagnen sowie offenkundigen Querverbindungen zu alt- und neofaschistischen Organisationen" sowie wegen des "brutalen und repressiven Umgangs mit Mitarbeitern in der Frankfurter Geschäftsstelle"; Antrag der GRÜNEN wegen des "im höchsten Maße undemokratischen und verwerflichen Verhaltens".

<sup>134</sup> gü[nter]m[ick]., "Verstrickung in antisemitische Kampagnen". Streit über die Gesellschaft für Menschenrechte/CDU empört über SPD und Grüne, in: *Frankfurter Allgemeine*, 16.3.1990.

<sup>135</sup> *Pressemitteilung...*, 4.3.1989.

<sup>136</sup> *Maier*, *Porträt...*, S. 25.

mehr zugestehen.

Daß die IGFM neben der genannten externen, auch interne Schwierigkeiten mit demokratischen Spielregeln hat, belegen die Ämterniederlegungen von Ehrhard Göhl aus Darmstadt und Prof. Gonthard Jaster aus München. Gründe: "mangelnde innere Demokratie und wiederholte Rechtsverstöße an der Spitze der IGFM".<sup>137</sup> Göhl begründete seinen Rücktritt "mit der fortlaufenden Unterdrückung kritischer Stimmen in der IGFM". Der ehemalige Beisitzer wirft dem geschäftsführenden Vorsitzenden Iwan Agrusow vor, "er habe Privatpost geöffnet und unerlaubt Kopien an Dritte weitergeleitet".<sup>138</sup> Wegen unerlaubt auf Tonband mitgeschnittener Telefonate ermittelte die Staatsanwaltschaft, wie der IGFM-Sprecher Jörn Ziegler auf Anfrage der *Deutschen Presse-Agentur* bestätigte. Der IGFM-Sprecher schwächte die Vorwürfe ab, da es sich seiner Meinung nach nur um einen Einzelfall handele, und der Vorsitzende Agrusow nicht wußte, daß das Mitschneiden von Telefonaten verboten sei. (Bei der Funkerausbildung an der Agentenschule in Bad Wiessee mußte Agrusow sich um solche Rechtsfragen auch nicht kümmern.<sup>139</sup>) Inzwischen wurde Agrusow auch von einem Mitarbeiter wegen Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung angezeigt.<sup>140</sup> Die früher Lateinamerika-Abteilungsleiterin Fleischmann zeigte die Herren Agrusow und Ziegler, welche die Abtrünnige öffentlich diffamiert hatten, wegen ehrverletzenden Delikten an.

Schon im Juli 1989 war der Vorstand der Münchner Arbeitsgruppe aus Ärger über den Führungsstil der Geschäftsführung geschlossen zurückgetreten, "ein defizitäres Demokratieverständnis" der Zentrale beklagend, deren Verhalten "nicht mehr den Zielen und moralischen Ansprüchen einer Menschenrechtsorganisation" entspreche.<sup>141</sup> Anfang 1990 entschloß sich, unter Berufung auf die Münchner Erklärung, auch der Vorstand der ebenfalls besonders rührigen IGFM-Arbeitsgruppe Herborn zu diesem spektakulären Schritt.

Kooperatives Mitglied der GFM war bis Mitte der siebziger Jahre der 1968 gegründete *Hochschulring Tübinger Studenten (HTS)*<sup>142</sup>. Der Vorsitzende des HTS, Axel Heinzmann, hatte auch den Vorsitz des *Tübinger Instituts zur Bekämpfung kommunistischer Menschenrechtsverletzungen* inne, das mit einer Demonstration gegen das Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)<sup>143</sup> 1980 in Nürnberg auffiel. Ebenfalls Mitte der siebziger Jahre, 1976, hatte Heinzmann "sieben Rotfrontkämpfer krankhausreife" geschlagen (so Hoffmann), was ihm eine Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung einbrachte. An der Person Heinzmann wird auch das IGFM-typische, gebrochene Verhältnis zur Gewerkschaftsfreiheit (das in Polen Gepriesene wird hierzulande bekämpft) in extremer Weise deutlich: bei der Störung einer Gewerkschaftskund-

---

<sup>137</sup> Vorwürfe gegen den Vorstand. Gesellschaft für Menschenrechte mit "Politbüro" verglichen, in: *Frankfurter Rundschau*, 11.10.1989.

<sup>138</sup> *Persönliche Erklärung zu den Vorgängen in der IGFM-Deutsche Sektion e.V.*, 26.9.1989. Am 10. März 1990 war sich die Frankfurter CDU-Stadtverordnete Helga Maria Haller von Hallenstein nicht zu schade, einen der freigewordenen Vorstandsplätze einzunehmen.

<sup>139</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 30.

<sup>140</sup> Pressereferent zum vierten Mal gekündigt, in: *Frankfurter Rundschau*, 4.12.1989: "Der Anwalt Norbert Pflüger [der Fachanwalt für Arbeitsrecht vertrat auch andere *Eintracht*-Unterstützer erfolgreich gegen die IGfM] wies in dem Verfahren ausdrücklich auf den rüden Umgang der IGfM mit ihren Arbeitnehmern hin."

<sup>141</sup> Michael Flämig, Wo Pinochet als ein besorgter Landesvater gilt, in: *Frankfurter Rundschau*, 29.7.1989.

<sup>142</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 33.

<sup>143</sup> Zur WSG: Karl Heinz Hoffmann, *Verrat + Treue - ein an Tatsachen orientierter Roman*, Neunkirchen 1988.

gebung verletzte Heinzmann den Bevollmächtigten der *IG Metall* in Reutlingen. Die guten Kontakte der HTS mit der brutalsten und gefährlichsten Wehrsportgruppe Deutschlands gingen bis zu gemeinsamen Veranstaltungen, beispielsweise im Dezember 1976 zum Thema "Die schwarz-kommunistische Aggression in Südafrika".<sup>144</sup>

Zur WSG: Ihre Kontakte gehen direkt zum Mord an dem Neonazi Bergmann, zum Mord an Lewin und Poeschke, zur *Al Fatah*<sup>145</sup> und indirekt zum Papstattentat, zum Attentat von Bologna (85 Tote, 200 Verletzte)<sup>146</sup>, zum Attentat von München (11 Tote, 215 Verletzte)<sup>147</sup>, zum Attentat von Paris (4 Tote)...<sup>148</sup>. Als das Übungsgelände, Schloß Ermreuth in Oberschwaben, wo Hoffmann lebte, von der Polizei durchsucht wurde, fand man nach Auskunft eines Polizeisprechers neben falschen Dollar-Noten 1,3 Kilogramm Sprengstoff für drei gefährliche Bomben.<sup>149</sup>

Der HTS hatte auch enge Verbindungen zur NPD, deren Funktionär Kosiek an einer HTS-Diskussionsveranstaltung teilnahm. Der HTS und Aktivisten der schlagenden Verbindungen *Germania* und *Alemania* schlossen sich zum *Ring freiheitlicher Studenten* (RFS) zusammen.<sup>150</sup> Ende Mai 1987 lud der RFS der Universität Köln Franz Schönhuber ein, was erneut die Verbindungslinien im rechtsradikalen Lager aufzeigt<sup>151</sup>.

Weitere Verbindungen der IGFM wurden anlässlich des Breschnew-Besuchs 1978 deutlich. Damals gründete die GfM eine *Bürgeraktion für Menschenrechte* zur Durchführung eines Schweigemarschs in Bonn.<sup>152</sup> Bündnispartner bei dem Unternehmen, von dem das NPD-Jungvolk behauptete, es habe sich mit 400 *Jungen Nationaldemokraten* beteiligt,<sup>153</sup> wurden u.a. der *Bund der Vertriebenen* (BDV), die *Hilfsaktion Märtyrerkirche* (HMK) jenes Richard Wurmbrand, der Pinochet nach dem Putsch zur Rettung Chiles vor der kommunistischen Gefahr gratuliert hatte, die *Paneuropäunion* (PEU) und das *Brüsewitz-Zentrum*.

---

<sup>144</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 33; Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe (Hrsg.), *Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern*, Bornheim-Merten 1980, S. 25; Margot Brunner, Rechtsradikale mit Sturmtrupps, in: *Metall*/10.10.1979, S. 18.

<sup>145</sup> *Der Stern*, Nr. 28, 2.7.1981. Ergänzend zur Libanon-Aktivität: *Süddeutsche Zeitung*, 14.1.1981.

<sup>146</sup> *Der Stern*, Mai und Juni 1984; mehr zu Joachim Fiebelkorn: *Der Stern*, Nr. 39, 23.9.1982, S. 268.

<sup>147</sup> *Der Stern*, März 1984.

<sup>148</sup> *Die Tat*, Juni 1981.

<sup>149</sup> *Der Stern*, Nr. 28, 2.7.1981.

<sup>150</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 33; nach anderen Angaben kam es erst Ende 1979 zur Gründung des RFS (*Criticón*, Nr. 56/1979, S. 295 f.); Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe (Hrsg.), *Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern*, Bornheim-Merten 1980, S. 52. Über die Verbindung HTS/RFS/REP: Ratten der Lüfte, *Der Spiegel*, Nr. 33/1989, S. 56 f. Etliche Kölner REPs, wie z.B. Markus Beisicht, Ulrich Welcke und Manfred Rouhs, kommen aus dem RFS (*Schomers*, a.a.O., S. 158 u. 177). Ende der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts hatte sich die *Germania*, später initiativ beim Frankfurter Hauptwachensturm, wegen ihrer militant revolutionären Haltung von der christlich-restaurativen *Arminia* abgesetzt (Karl Griewank, *Deutsche Studenten und Universitäten in der Revolution von 1848*, Weimar 1949, S. 12 ff.).

<sup>151</sup> *Trotz allem Deutschland*, S. 17 und S. 21. Inzwischen ist aus dem RFS-Aktivisten Markus Beisicht ein bekannter REP-Politiker geworden.

<sup>152</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 33.

<sup>153</sup> *ebd.*; Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), *betrifft: Verfassungsschutz '78*, Bonn 1979, S. 25.

Letzteres ist benannt nach dem DDR-Pfarrer Oskar Brüsewitz, der sich 1976 in der DDR aus Protest verbrannte.<sup>154</sup> Die Einwände der evangelischen Kirche und die Bitte der Witwe des Verstorbenen - "Ich wünsche nicht, daß das Andenken meines Mannes so entstellt wird"<sup>155</sup> - hielt allen voran die *Pan-Europa-Jugend* (PEJ)<sup>156</sup> nicht davon ab, zum zehnten Todestag des Pfarrers mit dessen Name eine Medienkampagne zu beginnen. Den *Aufruf zur Schaffung eines Brüsewitz-Zentrums* unterzeichneten etliche IGFM-Aktivistinnen (u.a. H. Freder, Dieter von Glahn, E. Göhl, Hans Graf Huyn, Leonid Müller, Dr. Wulf Rothenbacher, W.-V. Werbitz). Ziel dieser Kampagne sollte die Gründung eines *Informationszentrums für aktive Menschenrechts- und Deutschlandpolitik* sein. Bereits am 18.9.1977 kommentierte der Moderator der ZDF-Sendung *Kennzeichen* Deinen Beitrag des PEJ-Vorsitzenden Bernd Posselt mit folgenden Worten: "Sie fordern Grenzveränderungen im Namen von Brüsewitz. Gebietsansprüche paneuropäisch-christlich-abendländisch verbrämt"<sup>157</sup>. Auch aus dem CDU-Jugendverband *Junge Union* wurde der PEJ "arrogant-missionarische" Vorgehensweise gegenüber den Staaten Osteuropas vorgehalten und nachgewiesen, daß sie Seminareinladungen in Zusammenarbeit mit der *Zeitbühne* verschickt hat.<sup>158</sup>

Sarkastisch bemerkte ein Zeitgenosse, den die Nazis später ins KZ Dachau brachten, über den Gründer der Paneuropa-Bewegung: "der friedensfrohe Graf Coudenhove-Kalergi schmückt die Rückseite seiner Zeitschrift mit einer Pan-Europa-Karte, in der Weltkriege, mindestens die Unterdrückung der Selbstbestimmungsbewegung von vielen Millionen schlafen."<sup>159</sup>

Es fällt schwer, die Vereine IGFM, *Paneuropa-Jugend* und *Brüsewitz-Zentrum* auseinanderzuhalten. So führte man gemeinsame Seminare mit Referenten durch,<sup>160</sup> die gleichzeitig auch dem anderen Verein angehörten. Es ist kein Zufall, daß Möbel des aus Bad Oeynhausen verzogenen *Brüsewitz-Zentrums* in der Frankfurter IGFM-Zentrale landeten. Ebenso wenig ist es Zufall, daß die Adresse des Bonner IGFM-Büros identisch mit der des *Brüsewitz-Zentrums* ist; daß der frühere Bonner IGFM-Büroleiter Kai Fischer *Paneuropäer* ist und nun als Redakteur des *Münchener Merkur* für eine entsprechende Presse sorgt; daß der spätere Bonner IGFM-Büro-

---

<sup>154</sup> Vgl. *epd-Dokumentation*, Nr. 41 a, 13.9.1976.

<sup>155</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 69.

<sup>156</sup> Vgl. die Darstellung aus der Sicht des Paneuropäers Hans-Henning von Bischoffshausen, *Paneuropa-Jugend*, in: *Criticón*, Nr. 58/1980, S. 89 f. (Verfasser ist Duz-Freund des IGFM-Pressereferenten Ziegler; bei IGFM-Veranstaltungen in der Frankfurter Zentrale immer präsent, da Banker in Frankfurt. Sein Bruder Alexander war 1988 Angestellter in der IGFM-Zentrale.)

<sup>157</sup> *Mobilmachung*, S. 192. In einem Aufsatz wird Posselts Feindbild deutlich: "Rote Entspannungsillusionisten, grün-pazifistische NATO-Feinde und national-neutralistische Träumer." (Bernd Posselt, *Die deutsche Frage als europäische Herausforderung*, in: *Wenzel. Studentendeutsches Jugendmagazin*, Nr. 1/1988, S. 38.)

<sup>158</sup> Hermann Schmidtendorf, Zum "Umfeld" der CDU/CSU und ihrer Jugendorganisationen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 1/1978, S. 57 f.

<sup>159</sup> Karl Haushofer, *Geopolitik der Pan-Ideen*, Berlin 1931, S. 8 ff. Als Coudenhove in den vierziger Jahren in den USA die Werbetrommel rührte, "warf [man] ihm vor, den sowjetischen Verbündeten zu verteufeln, aber die deutschen Kriegsverbrecher in Schutz zu nehmen" (Martin Posselt, *Ring um Europas Nachkriegsordnung*, in: *Paneuropa-Deutschland*, Nr. 2/1989, S. 46).

<sup>160</sup> *Paneuropa-Jugend* veranstaltete deutschlandpolitisches Seminar in Braunschweig, in: *Täglicher Anzeiger Holzwinden*, 17.10.1984 (beteiligt waren PEJ, IGFM, Brüsewitz-Zentrum) - "Der Zweite Weltkrieg sei eine zwangsläufige Folge des Ersten gewesen". Der Zeitschrift des Brüsewitz-Zentrums *Christen drüben*, Nr. 4/1987, redigiert vom IGFM-Funktionär Wolfgang Stock (bis IGFM-Mitarbeiter S. Faust die Redaktion übernahm), ist zu entnehmen, daß IGFM-Vorstandssprecher Ziegler gleichzeitig auch Vorstandsmitglied des Brüsewitz-Zentrums war.

leiter und heutige PEJ-Vize Wolfgang Stock gleichzeitig für das *Brüsewitz-Zentrum* die Zeitung *Christen drüben*, für die Paneuropäer die Zeitschrift *Paneuropa* sowie für die IGFM deren Jahresberichte redigierte. Inzwischen hat Stock nur noch Zeit für *Paneuropa*, denn seit Sommer 1988 ist er in der Nachrichtenredaktion der *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*. Durch Weitergabe des nicht öffentlichen Anschlusses sorgte er sofort dafür, daß die Bayerische Staatskanzlei und die IGFM Zutritt in das eigentlich FAZ-Korrespondenten vorbehaltene Netz bekamen (ein FAZ-Redaktionsmitglied dachte zuerst an einen technischen Defekt, als eine IGFM-Mitteilung über ihren Bildschirm flimmerte). Stock, der "Hofberichterstattung" kommunistischer Machart kritisiert, war sich nicht zu schade, in der FAZ über die IGFM-Jahreshauptversammlung zu berichten, in der er selbst als IGFM-Mitglied parteilich-vorstandsloyal mitdiskutiert hatte.<sup>161</sup> Daß der nun der in Bonn wohnende Knut Abraham mal für die IGFM, mal als Pressesprecher der *PEJ* für die Paneuropäer, mal für das *Brüsewitz-Zentrum* tätig wird überrascht genausowenig wie die Neuigkeit, daß *Christen drüben* nun vom IGFM-Mitarbeiter Faust redigiert wird - der wiederum in Friedberg dieselbe Anschrift wie Stock hat. Und daß beinahe täglich ein "Lieber Bernd" (Posselt, *Paneuropa-Jugend*) Telexe von "Jörn" (Ziegler, IGFM-Pressereferent) über die aus "Spendengeldern" finanzierte IGFM-Technik erhält, ist eigentlich selbstverständlich.

Daß die für "Menschenrechtsarbeit" gesammelten Gelder für dubiose politische Ziele zweckentfremdet werden, ist bei der IGFM übrigens nichts Neues. Beispielsweise im "*Protokoll Allgemeine Konferenz 13.4.83, 14.30 Uhr*" heißt es nicht nur: "Herr Agrusow berichtet vom Besuch hier am Sonntag von Otto v.Habsburg. [...] Otto v.Habsburg ist auch weiter bereit, unsere Anliegen dem EP [Europaparlament] in Straßburg zur Kenntnis zu bringen." Da steht auch unverblümt, wie ein Besuch bei rechten Freunden als "Menschenrechtsarbeit" verpackt wurde: "Herr Ziegler berichtet über seinen Besuch in Madrid. Er hatte 2 Vorhaben: bei der KSZE und bei den 'Neuen Generationen'. [...] Herr Z. nahm teil am landesweiten Kongreß der 'Nuevas Generaciones' der Alianza Popular (Ng/AP). Zu einigen Teilnehmern der Gruppe bestanden schon Verbindungen. Geplant ist, mit ihrer Hilfe eine Spanien-Sektion der IGFM vorzubereiten. [...] Kontakte zu Lateinamerika wollen sie uns vermitteln."

Aber nicht nur zur *Paneuropa-Jugend* hält man aus der Presseabteilung der IGFM Kontakt - auf dem "Bundestag 1988" holten sich die "Bundeschwestern" und "Bundesbrüder" Jörn Ziegler als Vorsitzenden der *Deutschen Gildenschaft (DG)*. In der 1958 wiedergegründeten Organisation, in der zwischen 1933 und 1935 der spätere NPD-Chefideologe Gildenmeister war, hat man keine Skrupel, in einer NPD-nahen Zeitschrift zu veröffentlichen.<sup>162</sup> Übrigens ist Ziegler nicht der einzige IGFM-Aktivist mit DG-Bezug. Der Leiter der DDR-Abteilung der IGFM, "Bundesbruder" Wilfried Vemmer, behandelte im DG-Kreis die Frage, wie "die sogenannte Öffentliche Meinung" zustandekommt; deren Macher kennzeichne "frühzeitiger Geschlechtsverkehr und Vaterkonflikte".<sup>163</sup> Der Jurist Claus-Dieter Quassowski, er kommt wie Ziegler aus Göttingen, ist Sprecher des IGFM Arbeitsausschusses "Deutsche in Polen" und war in der DG Referent für "Organisation und Sport". Auch die Freiburger IGFM-Aktivisten Maeckel sind bei der DG in Erscheinung getreten.

---

<sup>161</sup> Sto.[ck], Tagung der Gesellschaft für Menschenrechte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.3.1989.

<sup>162</sup> Über die NS-Ideologen Ernst Anrich: Nationalrat der Nationalen Front (Hrsg.), *Graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe/Ziele/Methoden*, Berlin <sup>2</sup>1967, S. 438. Den Vortrag auf dem Bundestag der deutschen Gildenschaft in Salzburg von Hartmut Müller-Kinet (Verfasser leitete das DG-Referat "Erziehung und Bildung") "Deutsches Selbstverständnis heute" findet man in: *Nation Europa*, Nr. 11-12/1982, S. 5 ff.

<sup>163</sup> Peter Zimmer, Das Aktivenseminar in Hofbieber-Elters (Rhön), in: *Blätter der Deutschen Gildenschaft*, 21. Jahrgang, Folge 2, Juli 1979, S. 74. - *DESG-inform*, Nr. 7/1985: IGfM-Vertreter auch auf dem DG-Bundestag 1985 in Darmstadt.

Das *Brüsewitz-Zentrum* hatte Kontakte zur Berliner *Arbeitsgemeinschaft 13. August* (bestand früher aus der *Aktion Widerstand*, *AKON* [im *Freiheitlichen Rat* unter G. Frey; Mitglieder: *DVU*, *Stahlhelm*, *Wikingjugend*], verschiedenen *Jungen Nationaldemokraten*).<sup>164</sup>

Auch die IGFM ließ in der Rubrik "Freunde im Denken und Handeln" deren Vorsitzenden Hildebrandt zu Wort kommen.<sup>165</sup> Hildebrandt war Gründer der *Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit* (KgU), die mit Sprengladungen und Säureflaschen im Kalten Krieg versuchte, diesen aufzuheizen.<sup>166</sup> Der Berliner Polizeipräsident, er hieß tatsächlich Stumm, untersagte daraufhin seinen Beamten, der *KgU* noch irgendwelche Auskünfte zu geben. Man fühlt sich an IGFM-Chef Agrusows vage Verweise auf "Spenden" erinnert, wenn man liest, wie Hildebrandt damals die Herkunft der Gelder "erklärte": "Wir finanzieren uns von den Groschen der Verzweiflung". Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wußte es, unter Bezug auf den Westberliner Staatsanwalt für politische Strafsachen, besser und berichtete, daß die Gruppe "vorwiegend aus amerikanischen Mitteln finanziert" werde. Die *B.Z. am Mittag* meinte dazu: "Wer Spionage treiben will, soll das tun, auf die Gefahr hin, als Spion behandelt zu werden. Wer jedoch unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Menschen zur Spionage verführt, begeht ein Verbrechen." Was eine renommierte Publizistin über solchen Umgang mit Menschheitsidealen bzw. Menschenrechten schrieb, ist nach wie vor aktuell: "Hier werden Menschlichkeitsideale gebraucht, verbraucht oder mißbraucht, um Arbeiten zu verrichten, die mit Freiheit nur auf einem großen Umweg eine Beziehung haben."<sup>167</sup>

Hingewiesen sei auch auf die Verbindungen der IGFM zur *Mun-Sekte*<sup>168</sup> und der in Wiesbaden ansässigen EAP<sup>169</sup>. Um die Verbindungen zu anderen Gruppierungen und Ideologien des ultrarechten bis braunen Umfelds der IGFM zu verdeutlichen, genügt ein Blick in die Kuratorien des Vereins.

## 1. Otto von Habsburg, Vorsitzender der *Pan Europa Union*

1912 wird Otto von Habsburg als Sohn des Kaisers Karl I von Österreich und Ungarn geboren. Nach Abschluß seiner Dissertation 1932 muß er aufgrund von Differenzen mit dem Hitler-Regime nach Paris emigrieren. (Eine neue Donaumonarchie hätte nicht in die Europapläne der Nazis gepaßt.<sup>170</sup>) 1954 ruft Habsburg alle "christlichen Soldaten" auf, Europa vom Kommunismus zu befreien. Ein Jahr zuvor bezeichnete er den Parlamentarismus als "tödliches Blendwerk". Der spanische Diktator Franco war für Habsburg "der heldenhafte Besieger der Kommunisten"<sup>171</sup>.

---

<sup>164</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 67.

<sup>165</sup> Rainer Hildebrandt, in: *DDR heute*, Nr. 28/1989, S. 14 (Es gibt Anzeichen, daß Hildebrandt, verglichen mit der IGFM, inzwischen geläutert ist. Auch ist das Ziel Hildebrandts - Freizügigkeit in Deutschland - gewiß begrüßenswert.)

<sup>166</sup> Zur *KgU*: Margret Boveri, *Der Verrat im 20. Jahrhundert (Bd. 2: Für und gegen die Nation. Das unsichtbare Geschehen)*, Hamburg 1956, S. 138 ff.

<sup>167</sup> *Ebd.*, S. 143 (Boveris Buch wurde 1976 mit einem Geleitwort des Ex-Bundespräsidenten Gustav Heinemann neu aufgelegt.)

<sup>168</sup> Vgl. z.B. die Beiträge von IGFM-Vorstandsmitglied Konrad Löw in: *Forum Ost Perspektiven*, Nr. 18/1989; auch Siegmund Faust und beispielsweise Stuttgarter IGFMler pflegten Kontakte zur *Mun-Sekte* (CARP usw.).

<sup>169</sup> IGFM-Vorstandsmitglied Löw, der auch als Referent bei der EAP auftrat, setzte sich in einer Zeitungsanzeige für den Führer dieser Extremisten, Lyndon LaRouche, ein (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.10.1989); dieser war zu 15 Jahren Haft wegen Verschwörung, Betrug und Steuerhinterziehung verurteilt worden (*ebd.*, 30.1.1989).

<sup>170</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 59.

<sup>171</sup> *ebd.*, S. 60.

1958 wird Habsburg in den Zentralrat der *Paneuropa-Union* (PEU) gewählt. 1973 wird er zum Präsident der PEU. 1978 veröffentlicht Habsburg in der *Zeitbühne* einen Artikel, in dem er im Falle einer atomaren Erpressung eine Diktatur für neun Monate fordert und in dieser Zeit die Einführung von Sondergerichten und Todesstrafe. In derselben Zeitschrift verteidigte er auch die Apartheidspolitik im Südlischen Afrika ("Die Schwarzen wissen mit Mehrheit nichts anzufangen"... "Wie im Falle Rhodesien sind wir masochistisch bereit, Europas Freunde zu zerstören, um ÜÜÜzerstören und [???]ÜÜÜ anti-europäischen Analphabeten, Gewaltherrschern und Menschenfressern zu gehorchen, die in New York [Anspielung auf die UNO, deren Emblem das IGFM-Briefpapier ziert - Anm. d. Verf.] das Gesetz vorschreiben"). Habsburg hielt auch Vorträge vor der ebenfalls in Frankfurt residierenden *Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft*, bezahlt aus dem südafrikanischen Kulturetat.<sup>172</sup> So ist es nicht verwunderlich, daß Habsburg Anfang 1979 den damaligen Führer der italienischen Neofaschisten, den Altfaschisten Giorgio Almirante, zu einem Gespräch traf.<sup>173</sup>

1986 konnte der Europaabgeordnete Otto von Habsburg einer Erklärung des europäischen Parlaments nicht zustimmen, die unter anderem alle Äußerungen von Intoleranz und Feindseligkeiten sowie die Anwendung von Gewalt gegenüber einer Person oder Personengruppe wegen rassistischer, religiöser, sozialer und nationaler Unterschiede ächtet. Dem ganzen rechten Lager der Antragsgegner im europäischen Parlament reihte sich Otto von Habsburg mit einem "Nein" ein (aus 'formalen' Gründen, wie er meinte)<sup>174</sup>. (Mehr zu Otto von Habsburg im folgenden Kapitel.)

## 2. Prof. Dr. Erik von Kuehnelt-Leddihn

Redner auf zahlreichen Veranstaltungen der *Paneuropa-Jugend*. Bis 1979 ebenfalls in der *Zeitbühne* vertreten. Gedruckt im NPD-Verlag Karl Motz & Co. KG,<sup>175</sup> veröffentlichten dort auch NPD-Leute und Autoren der neofaschischen MSI. Kuehnelt hat mehrere Bücher geschrieben. Er ist, neben Senderow beispielsweise, ein weiterer Monarchist unter den IGFM-Repräsentanten und beklagt, "daß bei uns nur die allerwenigsten den Mut haben, die Demokratie öffentlich anzuzweifeln oder gar abzulehnen".<sup>176</sup>

Die Lateinamerikapolitik der IGFM folgt, wie Rosi Fleischmann bezeugte<sup>177</sup>, Kuehnelts kühnen Empfehlungen: "Nur ein Schwachsinniger könnte Lateinamerika als Rezept die Demokratie verschreiben", da sei eine "Militärdiktatur milder und menschlicher als eine Parteyrannis".<sup>178</sup>

Gängige These über Südafrika und Rhodesien: Wenn Schwarze an die Macht

---

<sup>172</sup> Otto von Habsburg, Zeitgerechte Abwehr, in: *Zeitbühne*, Nr. 4/1978, S. 14; Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe (Hrsg.), *Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern*, Bomheim-Merten 1980, S. 72 f. u. 116 ff.

<sup>173</sup> Ludwig Elm, *Aufbruch ins Vierte Reich? Zu Herkunft und Wesen einer konservativen Utopie*, Berlin/O. 1981, S. 120.

<sup>174</sup> *Süddeutsche Zeitung*, 17.9.1986 und *Materialien zur Europapolitik 8*, Europa Union Verlag, S. 147 ff.

<sup>175</sup> Hermann Schmidtendorf, Zum "Umfeld" der CDU/CSU und ihrer Jugendorganisationen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 1/1978, S. 54.

<sup>176</sup> Kuehnelt-Leddihn, *Narrenschiff auf Linkskurs*, Graz/Köln/Wien 1977, S. 179.

<sup>177</sup> "Seit ich anfang, Arbeitnehmerrechte auch für die IGfM zu fordern..." Die ehemalige Lateinamerika-Referentin der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" hat fristlos gekündigt und packt aus, in: *die tageszeitung*, 27.7.1989; *Flämig*, Wo Pinochet..., a.a.O.

<sup>178</sup> Erik von Kuehnelt-Leddihn, Spanisch-Amerika entmythologisiert, in: *Criticón*, Nr. 62/1980, S. 268.

kommen, ist die Folge Kannibalismus.<sup>179</sup> "Vom 'gastronomischen Demokraten' alias Menschenfresser zum Dr. phil. oder Dr. med. in weniger als zwei Generationen ist ein kaum zu erwartender Sprung nach vorne." Diese Wesen "können nicht", meint er die Entkolonialisierung beklagend, "unsere Edelsteine von den Fäkalien unterscheiden". "Gäbe es noch einen weltumspannenden", so der IGFM-Menschenrechtsexperte, "Völkerkerker", also Kolonialreiche, "gäbe es heute in diesen 'befreiten' Ländern nur einen Bruchteil der politischen Gefangenen."<sup>180</sup>

Die Haltung der IGFM zum südlichen Afrika paßt hierzu, fiel die IGFM doch nicht durch das Anprangern der Menschenrechtsverletzungen dort, sondern durch Kampagnen gegen die Kritiker des Rassismus auf. So agitierte die IGFM gegen die Boykottbewegung<sup>181</sup> und von einer IGFM-Jahreshauptversammlung wird berichtet, wie IGFM-Chef Agrusow die Repräsentanten Südafrikas und der UdSSR bewertete: "Staatspräsident Botha ist kein Diktator vom Schlage Gorbatschows"<sup>182</sup>.

Daher erstaunen Verbindungen zum *Hilfskomitee Südliches Afrika (HSA)*, das laut Satzung "die wirtschaftliche Förderung weißer Siedler im südlichen Afrika" bezweckt, nicht. Initiator und Präsident des 1976 gegründeten HSA ist Peter Dehoust, zugleich Verantwortlicher des theoretischen Organs der NPD *Nation Europa*. Am Erscheinungsort dieser Zeitschrift, in Coburg, fand beispielsweise im September 1977 das zweite HSA-Seminar "Südliches Afrika" statt. Neben dem früheren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden waren auch Lorenz Niegel und Hans Graf Huyn zugegen, die sich durch die Erwähnung des HSA im Verfassungsschutzbericht nicht von der Teilnahme abschrecken ließen; beide kennt man als IGFM-Lobbyist bzw. IGFM-Kuratoriumsmitglied.<sup>183</sup> Noch auf dem bisher letzten, dem 14. Südafrika-Seminar in Coburg, welches das HSA gemeinsam mit der ebenfalls *Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft (DSAG)* veranstaltete, traten IGFM-Aktivisten auf: z.B. der Mainzer Student Christoph Schallert (vgl. *Nation Europa/Deutsche Monatshefte*, Nr. 34/1990, S. 74 f. [mit Foto]: "In den Referaten klang immer wieder die Besorgnis über die jüngsten abrupten Entwicklungen in Südafrika durch. Die bedingungslose Freilassung Mandelas, die Legalisierung der radikalen Terrororganisationen ANC und PAC und deren Anerkennung als Verhandlungspartner"; Schallert referierte "über wirksamere Möglichkeiten, über Südafrika und seine Probleme aufzuklären"; "zum Abschluß des Seminars wurde eine von allen Teilnehmern unterzeichnete Petition an den südafrikanischen Staatspräsidenten De Klerk verabschiedet, die Besorgnis über den derzeitigen, unklaren Weg der Republik zum Ausdruck bringt"). IGFMler kennen Schallert, der freien Zutritt zur gesamten Geschäftsstelle hatte, als Intimus des IGfM-Südafrikaexperten und -Pressesprechers Jörn Ziegler; 1988 wurde Schallert nach einer Südafrikareise Zugang zur IGfM-Afrikaabteilung verschafft, wo er dann gegen die angeblich schlaife Haltung Bothas agitieren durfte.

---

<sup>179</sup> *IGFM-B*, a.a.O., S. 62.

<sup>180</sup> *Narrenschiff auf Linkskurs*, a.a.O., S. 171 ff.

<sup>181</sup> Wohlgermerkt nur, insofern es Südafrika betrifft. *PR-Magazin*, Nr. 1/1980: "Eine etwas abschweifende Frage zwischendurch, bitte. Sind Sie für Sanktionen gegenüber Ländern oder Regierungen, die die Menschenrechte verletzen? - Agrusow: Auf jeden Fall, auch für wirtschaftliche Sanktionen... Handeln, nicht reden!"

<sup>182</sup> Hans Meister, in: *unsre zeit/UZ*, 31.3.1988 (Meister, um demokratische Glaubwürdigkeit bemüht, trat übrigens inzwischen aus der DKP aus, für die er hier noch berichtete).

<sup>183</sup> Niegel unterzeichnete als einziger Bundestagsabgeordneter den IGFM-Appell betreffend die DDR "Menschenrechte nicht vergessen!", in: *Frankfurter Allgemeine*, 3.3.1990. Über die Personalunion *HSA/Nation Europa* informiert: Martin Dietzsch, Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Organisation und Presse der Rechten in der Bundesrepublik, in: Siegfried Jäger (Hrsg.), *Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten*, Berlin/Bonn 1988, S. 48. Das HSA findet man im Abschnitt "Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten" in: Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), *betrifft: Verfassungsschutz '76*, Bonn 1977, S. 42.

Die 42. Generalversammlung der *Vereinten Nationen* verurteilte "die sogenannte Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" als "Agenten" des südafrikanischen Rassistenregimes "scharf" wegen "dunkler und verleumderischer Desinformationskampagnen"<sup>184</sup>. In der *Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen* wunderte man sich daraufhin, warum der IGfM "die Führung des UN-Emblems mit dem Zusatz 'We Believe' bisher nicht verwehrt wird"<sup>185</sup>. Dies verwundert umso mehr, wenn man bedenkt, daß in NPD-Kreisen der IGfM-Vertreter in Mexiko gerade wegen seiner Attacken auf die UNO besonderes Lob findet; der Verlag von REP-Chef Schönhuber preist die im selben Verlag erschienene neueste Veröffentlichung dieses IGfM-Repräsentanten mit der Schlagzeile an: "Warum Schönhuber gewinnen mußte: 'Ein unbequemes Buch' gibt Antwort".<sup>186</sup>

Zwar sorgte man sich im IGfM-Vorstand, der IGfM-"Dissident" Platzdasch, den laut Agrusow man in der Geschäftsstelle polemisch-überzogen einen "deutschen Sacharow" genannt hatte,<sup>187</sup> könnte auf der Jahreshauptversammlung auftauchen; hingegen hatte man keine Skrupel, den Repräsentanten der in Mosambik wütenden Schlächterbande *Renamo* an einer Jahreshauptversammlung teilnehmen zu lassen.<sup>188</sup> (Die von Südafrika unterstützte *Renamo* machte durch Gewalt gegen Sachen und Personen, darunter grausame Verstümmelungen, im unabhängig gewordenen Mosambik von sich Reden; der IGfM-Kontaktmann Peter Hammond, so war afrikanischer Presse Ende 1989 zu entnehmen, war als *Renamo*-Agent verhaftet worden. Hammond, Gast der IGfM-Jahreshauptversammlung 1988, wird von der IGfM als "aus Südafrika kommender Missionar" präsentiert, der in Mosambik herumreist. "Zum Hintergrund" erklärt die IGfM verharmlosend und mit den *Renamo*-Terroristen sympathisierend, die Funktion von *Renamo* sei "Protest gegen die die totalitäre Herrschaft", und lobt *Renamo*, daß sie sich "eine solide Basis schaffen konnte".<sup>189</sup> )

---

<sup>184</sup> Res. Nr. 42/14 A vom 6.11.1987 - op. para 35. Bei ihren Kampagnen bemüht sich die IGfM, durch berechtigte Kritik an Exzessen in Befreiungsbewegungen (z.B. Folterungen innerhalb der SWAPO, "Halskrausen"-Morde in Südafrika, was Solidaritätsbewegungen im Ausland "übersahen" oder gar leugneten) diese insgesamt zu diskreditieren und von deren berechtigten Anliegen abzulenken. Dabei wurden der IGfM unwahre "Fall"-Daten nachgewiesen; und obwohl ein Untersuchungsausschuß des Europaparlaments die IGfM-Sicht eines von ihr inszenierten Zusammentreffens mit dem SWAPO-Chef nicht bestätigte, findet man in einer IGfM-Broschüre die Überschrift "SWAPO-Chef Nujoma schlägt namibische Bürgerrechtlerin im Europaparlament" (vgl. Klemens M. Roloff, Propagandakrieg um Menschenrechte, in: *Informationsdienst Südliches Afrika*, Nr. 2/1989).

<sup>185</sup> *Vereinte Nationen*, Nr. 2/1989, S. 63.

<sup>186</sup> Hartmut Hesse, Doppelmoral, in: *das politische buch*. Beiheft zu *Nation Europa*, Nr. 53/54-Oktober 1989, S. 1 f.; vgl. auch Fußnote 353! [Buchbesprechung: Hilmar von Campe, *Feigheit und Anpassung. Politik im Zwielflicht*, München 1989.] Die Verlagsanzeige z.B. in: *Criticón*, Nr. 114/1989, S. 201.

<sup>187</sup> *Rundschreiben Agrusows vom 28.8.1989 an die Mitglieder der deutschen IGfM-Sektion*, S. 4.

<sup>188</sup> "Viel Glück und Erfolg", in: *Der Stern*, Nr. 5, 28.1.1988, S. 101.

<sup>189</sup> Mozambique: Auch Zwölfjährige verschwinden für immer, in: *Menschenrechte*, Nr. 5/1986, S. 18; im neuen Jahresbericht ist die Rede von "der illegalen Oppositionspartei RENAMO", die im Vergleich zur Regierungspartei *FRELIMO* in den Augen der IGfM besser abschneidet (*Menschenrechte in der Welt. IGfM-Jahresbericht 1989/90*, München 1990, S. 217 ff). Ganz anders über die "Oppositionspartei" der IGfM: Robert von Lucius, Um zehn nach sechs gehen in Maputo die Lichter aus/Die Renamo-Rebellen verwüsten Moçambique/Ein Land ist des Mordens müde, in: *Frankfurter Allgemeine*, 10.5.1990, der *Renamo* "als Räuberbande ohne erkennbares politisches Ziel" charakterisiert: "Nicht nur Schußwaffen setzen die Rebellen ein, auch Knüppel aus hartem Holz oder Morgenstern. Ihren Opfern schneiden sie die Ohren ab, töten sie auf grausame Weise, vergewaltigen die Frauen, entführen ausländische Entwicklungshelfer. Weit mehr als 100.000 Moçambiquaner dürften ermordet worden sein. Zählt man jene hinzu, die verhungerten [*Renamo* sabotiert auch die Versorgung], reichen Schätzungen bis zu 900.000 Toten."

Offenbar nimmt es die IGFM, die sich vom Anspruch her der Gewaltlosigkeit rühmt, nicht nur in Lateinamerika, wo Ex-IGfMlerin Fleichmann eine IGfM/Contra-Connection nachwies,<sup>190</sup> sondern beispielsweise auch in Afrika, wenn es gegen die "richtige", d.h. die emanzipatorische Seite geht, mit der Gewaltlosigkeit nicht so genau.

So wies man dem IGFM-Vorstandssprecher Ziegler nach, für welche "politischen Gefangenen" sich die IGFM in Simbabwe einsetzt (wen wundert es, daß das Interesse der IGFM an diesem Land erst erwachte, als aus dem Rassisten-Staat Rhodesien das unabhängige Simbabwe wurde): "Ziegler erwähnt nicht, daß bei einem Teil der Verhafteten Waffenlager entdeckt wurden, daß andere unter dem Verdacht stehen, südafrikanische Agenten zu sein. Er verschweigt auch, daß es zu solchen Ermittlungen Anlaß geben könnte nach mehreren Anschlägen auf Armeelager und einem Bombenanschlag auf die Zentrale der Regierungspartei [...] Zieglers Beitrag erschiene mir glaubwürdiger, wenn seine Organisation vor 1980 für die heutigen politischen Führer Zimbabwes, die unter demselben Gesetz über 10 Jahre ohne Gerichtsurteil in Ian Smiths Gefängnissen verbracht haben, und für die anderen unter Smith gefolterten, hingerichteten oder einfach verschwundenen afrikanischen Nationalisten eingetreten wäre, oder wenn sie sich heute auch mit dem Schicksal verhafteter und gefolterter südafrikanischer Gewerkschaftsführer befassen würde."<sup>191</sup>

Andererseits nimmt man es mit der Gewalt sehr genau. Es sei daran erinnert, daß die Freilassung Nelson Mandelas im Februar 1990 gegen den Widerstand und die Stimmungsmache der IGFM erfolgte. Redete die IGFM sich einerseits in Bezug auf Mandela gerne damit heraus, dieser sei nicht zweifelsfrei ein "gewaltloser Gewissensgefangener", so zierte sie sich andererseits nicht, ihren Fall Bodo Strehlow auf dem Titelblatt zu präsentieren.<sup>192</sup> Strehlow, Gast im Programm der IGFM-Jahreshauptversammlung 1990, hat ohne Zweifel massiv Gewalt bei dem gewiß legitimen Versuch, aus der DDR zu flüchten, angewendet; was die IGFM allerdings konsequent verschweigt.<sup>193</sup> Im Fall Mandela blieb die IGFM nicht einmal bloß abstinert, sondern verlangte sogar von Bundespräsident Weizsäcker, die Forderung seiner Weihnachtsansprache nach Freilassung Mandelas zurückzunehmen!<sup>194</sup>

Wen wundert diese Zurückhaltung, wenn bedacht wird, daß nicht nur der IGFM verbundene Kräfte,<sup>195</sup> sondern auch IGFM-Mitglieder<sup>196</sup> sich ihre Südafrikareisen

---

<sup>190</sup> Gewaltlosigkeitsanspruch: *Menschenrechte in der Welt...1987/88*, a.a.O., S. 9; IGfM-Verbindung zu den nikaraguanischen Contra-Gewalttätern: "Seit ich anfang, Arbeitnehmerrechte auch für die IGfM zu fordern..." Die ehemalige Lateinamerika-Referentin der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" hat fristlos gekündigt und packt aus, in: *die tagesszeitung*, 27.7.1989; Flämig, Wo Pinochet..., a.a.O.

<sup>191</sup> Christoph Reichert, Menschenrechte in Zimbabwe, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.6.1982.

<sup>192</sup> *Menschenrechte*, Nr. 6/1989.

<sup>193</sup> Philipp von Wilcke [Nachdruck aus *Sächsisches Tageblatt*], in: *Frankfurter Rundschau*, 22.12.1989: "[...] sperrte die Besatzung mit vorgehaltener Maschinenpistole kurzentschlossen an Bord ein. Bereits auf westlichen Gewässern sprengten Offiziere ein Luke aus dem Bug und schossen auf den Entführer. Er schoß zurück [...]"

<sup>194</sup> vK [Chefredakteuse Christa von Koeller], Wußten Sie das, Herr von Weizsäcker?, in: *Menschenrechte*, Nr. 1/1986, S. 9.

<sup>195</sup> Vgl. über die Reisen der Herren Kalinna, von Campenhausen u.a.: "Wirklich absolut vertraulich behandeln", in: *Der Spiegel*, Nr. 30/1989, S. 48 ff.; betr. die der IGFM verbundene Nachrichtenagentur IDEA: IDEA-Chef steht zu Kap-Reise, in: *Frankfurter Rundschau*, 25.7.1989.

<sup>196</sup> Über die Reise der Berliner IGfMler Gunnar Sohn u.a. berichtete 1988 wiederholt *die tagesszeitung*, ohne allerdings die (der Zeitung wohl nicht bekannte) IGFM-Mitgliedschaft zu

vom Rassisten-Regime bezahlen ließen?

### 3. Prof. Dr. Lothar Bossle

Dem Mitglied des Kuratoriums der IGFM, einst stellvertretender Vorsitzender des Westberliner *Sozialistischen Deutschen Studentenbunds* (SDS)<sup>197</sup>, kann immer wieder seine Nähe zur beschriebenen 'Grauzone' nachgewiesen werden. Fiel Bossle bereits dadurch auf, daß er mit dem Vorsitzenden des o. g. RFS vor "Moskaus Partisanen" in Zeitungsannoncen der *Konservativen Aktion* warnte, so ist es sicher, daß Bossle immer wieder Kontakte zur faschistischen Junta in Chile gehalten, deren Regime er zu legitimieren versuchte.<sup>198</sup> In Aufrufen, wie "Pazifismus führt zum Krieg", in denen Bossle Mitunterzeichner war<sup>199</sup>, wird seine Haltung noch deutlicher. Auch war es wieder der Professor, der die *Columbia-Dignidad*, ein braunes Folterzentrum in Chile, besuchen durfte,<sup>200</sup> das den meisten Journalisten verschlossen blieb.

Bossle hat auch - zusammen mit einem weiteren IGFM-Kuratoriumsmitglied, Klaus Hornung - eine Rechtfertigungsschrift für die Obristen der griechischen Junta vorgelegt.<sup>201</sup>

Professor Bossle ist nur unerbittlich gegen das, was er für die rote Gefahr hält. Bei einem Dokorschüler von der *Panuropa-Union* läßt er Milde walten und drückt nicht nur ein Auge zu, um vieles zu übersehen: daß dieser meint, ein Bundesverfassungsrichter habe ein Buch über "Freizeit" (statt richtig: "Freiheit") geschrieben; daß sein Schüler hartnäckig den Wissenschaftler Calleo für einen Herrn "Galles" hält; daß er Jean-Jacques Rousseau nur nach einem Zeitungsartikelchen zu zitieren vermag, also wohl keine Zeile im Original gelesen hat; daß er den NS-Geographen Schmittkener als "Schmittkener" zitiert. Und es ist Bossle auch nicht wichtig, wenn sein Schüler, offenbar ein besonderer Schmittkener, den NS-Juristen Carl Schmitt nicht von einem der Väter des Grundgesetzes, dem SPD-Politiker Carlo Schmid zu unterscheiden weiß. (Oder weiß der Professor es auch nicht besser?)<sup>202</sup> Gegen Bossle läuft wegen dubioser Verquickungen des Hochschulbetriebs mit Propaganda und Privatgeschäften im CSU-Freistaat inzwischen ein ministerielles Ermittlungsverfahren.<sup>203</sup> Sein Würzburger *Institut für Demokratieforschung*, soll verschiedene Geheimdienstverbindungen unterhalten.<sup>204</sup>

---

erwähnen.

<sup>197</sup> Bert Engelmann u.a., *Das schwarze Kassenbuch*, Köln 1973, S. 71; Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, *Kleine Geschichte des SDS*, Berlin 1977, S. 160.

<sup>198</sup> Lothar Bossle, *Allende und der europäische Sozialismus*, Stuttgart 1975.

<sup>199</sup> Klaus Farin/Leo Müller, *Die Wende-Jugend*, Hamburg 1984, S. 139.

<sup>200</sup> Maier, *Porträt...*, a.a.O., S. 24.

<sup>201</sup> Lothar Bossle/Klaus Hornung/Georg Mergl, *Blick vom Olymp. Griechenland heute: Geschichte, Wirtschaft, Staat, Gesellschaft*, Stuttgart 1973.

<sup>202</sup> Vgl. die im Bossle-Institut, im Bossle-Verlag, unter Bossle-Betreuung, mit Bossle-Vorwort sowie Huldigungen an Bossle und mit einem für Doktorarbeiten eigentlich unüblichen Foto ("Otto von Habsburg mit dem Verfasser") erschienene Doktorarbeit des Landesvorsitzenden der *Panuropa-Union* Rheinland Pfalz Wolfgang Thüne (*Die Heimat als soziologische und geopolitische Kategorie*, Würzburg 1987)!

<sup>203</sup> Professoren. Magie und Mystik, in: *Der Spiegel*, Nr. 30/1989, S. 69 f.; Leserbriefe hierzu: *ebd.*, Nr.33/1989; Luitgard Koch, Herr Doktor - sind Sie des Bossle?, in: *die tageszeitung*, 15.7.1989.

<sup>204</sup> Ralf Müller, SPD-Politiker sieht hinter Forschungsinstitut Geheimdienstsumpf, in: *Frankfurter Rundschau*, 16.9.1989.

#### 4. Prof. Dieter Blumenwitz

Er wirkte unter Pinochet als juristischer Berater für die chilenische Verfassung und behauptete von dem "Verfassungsprojekt", es erfülle die Aufgabe, sich "der Demokratie für alle zu öffnen, außer für diejenigen, die sie zerstören wollen."<sup>205</sup>

#### 5. Generalbundesanwalt a. D. Ludwig Martin

Mit ihm wählte die IGFM sich jemand zum Ehrenpräsident, der als Befürworter der Todesstrafe hervortrat<sup>206</sup> und dem Pinochet nach einer Audienz Ende 1987 "als ein um sein Land besorgter pater familias" erschien.<sup>207</sup> Diesen Chile-Besuch unternahm der IGFM-Ehrenpräsident übrigens zusammen mit Bossle. Im gelobten Land trafen sie dann, "herzlich als Gäste" begrüßt<sup>208</sup>, jenen Herrn, der einst den Putsch in Chile folgendermaßen entschuldigte: "Die Generäle der drei Wehrmachtsteile und die Polizei haben keinen 'Putsch' im landläufigen Sinne gemacht, sie haben nicht aus Machtgelüsten gehandelt. Sie haben in Wirklichkeit eine vaterländische Tat vollbracht, die ganz groß in die Geschichte eingehen wird."<sup>209</sup> Von diesem Herrn ließ sich der IGFM-Ehrenpräsident dann über "den Linkstrend des Solidaritätsvikariats", der größten chilenischen Menschenrechtsorganisation, aufklären: die Organisation sei "mit linken Rechtsanwälten besetzt, die keine ausreichende Beschäftigung" hätten, woraufhin sie dann "Menschenrechtsfälle sogar konstruierten, um Arbeit zu haben".<sup>210</sup>

#### 6. Ludek Pachmann

In einem Werbebrief verspricht er, daß er auch "gegen den DGB" antreten wolle, der sich zum "Krebsgeschwür", zum "unkontrollierbaren Machtfaktor mit größerem Einfluß als das ganze Parlament" entwickle.<sup>211</sup>

---

<sup>205</sup> Vgl. Maier, a.a.O.

<sup>206</sup> In: *Dokumentation über die Todesstrafe*, Darmstadt 1963.

<sup>207</sup> Kapitel "Lothar Bossle und Ludwig Martin als Kämpfer für die Menschenrechte", in: *Lateinamerika-Nachrichten*, Sonderheft "Colonia Dignidad", Dezember 1989, S. 32 ff.

<sup>208</sup> Ludwig Martin, *Verlauf meiner Chile-Reise vom 20.-29. Oktober 1987 (auf Grund des im Auftrag von Prof. Bossle erstellten Reiseprogramms und meiner handschriftlichen Reisenotizen)*, unveröffentlichtes Typoskript [Karlsruhe, November 1987], S. 8.

<sup>209</sup> Bernhard Starischka, *Der Sturz des Präsidenten Allende in Chile*, Stuttgart 1974, S. 43. Diese Ausführungen plagiierte ein IGFM-Vorstandsmitglied, als es den von der IGFM-Zensur nicht freigegebenen Chile-Bericht der abtrünnigen IGFM-Lateinamerika-Abteilungsleiterin Rosemarie Fleischmann begutachtete: "Bei der Absetzung Salvador Allendes [...] handelte es sich nicht um einen [...] 'Militärputsch' im herkömmlichen Sinne [...] Das Einschreiten der chilenischen Streitkräfte war nicht eigenmächtig. Sie haben vielmehr sehr lange gezögert und erst in letzter Minute eingegriffen". (Konrad Löw, *Stellungnahme zum Bericht der IGFM zur Lage der Menschenrechte in der Republik Chile*, unveröffentlichtes Typoskript [Baierbrunn 1989], S. 1.) In ihrem o.g. Kündigungsschreiben (Fußnote 429) verwies R. Fleischmann darauf, wie bei Folter in rechten Regimes die IGfM um Verständnis bemüht ist. Daher sind solche Skurrilitäten wie in den Türkei-Länderberichten kein Versehen: "Die demokratisch gewählte Regierung der Republik Türkei bemüht sich mehr und mehr um die Einhaltung der Menschenrechte. [...] Folter wird angewandt" (*Menschenrechte in der Welt ... 1987/88*, a.a.O., S.105); "Die Regierung bemüht sich um die Förderung der Achtung der Menschenrechte. [...] Demokratisierung wird in der Türkei als Programm verstanden [...] Der Grund für die immer wieder vorkommenden Folterungen liegt vor allem in der mangelnden Ausbildung der Polizei und bei der Justiz. Durch unzumutbare [!?] Qualen bei Folterungen [...]" (*Menschenrechte in der Welt. IGFM-Jahresbericht 1989/90*, München 1990, S. 107 f.)

<sup>210</sup> Lothar Bossle und Ludwig Martin als Kämpfer für die Menschenrechte, in: *Lateinamerika-Nachrichten*, Sonderheft "Colonia Dignidad", Dezember 1989, S. 33.

<sup>211</sup> *Farin/Müller*, S. 140 f.

Als Ludek Pachmann mit dem vorgenannten Prof. Dr. Lothar Bossle und anderen zusammen die *Konservative Aktion*, ein ultrarechtes Konglomerat, an die IGFM binden wollte, war das zumindest Thomas Lotz, IGFM-Mitglied aus Bayern, zu viel. Er distanzierte sich in einem Leserbrief in der *Süddeutschen Zeitung*: "Daß die hart am Rande des Rechtsextremismus dahin vegetierende 'Konservative Aktion' die IGFM als [befreundete] Organisation bezeichnet, entspricht höchstens dem Wunschdenken ihrer Funktionäre und nicht den realen Gegebenheiten."<sup>212</sup>

Wenn dem wirklich so ist, muß sich die IGFM aber fragen lassen, warum solche "Persönlichkeiten" wie Pachmann und Bossle überhaupt einen Ehrevorsitz, beziehungsweise einen Platz im Kuratorium, bekommen können.

Daß man nicht wußte, was es mit der *Konservativen Aktion* auf sich hatte, ist sehr unwahrscheinlich, waren doch Pachmanns Worte zur Gründung eindeutig: "Ich habe die Konservative Aktion gegründet, um zusammen mit meinen Freunden und mit immer mehr meiner Mitbürger zur entscheidenden Abwehr gegen linke Ideologen, Chaoten, gegen das rote Pöbel, gegen Aussteiger, die alles bestreiten, außer ihren eigenen Lebensunterhalt, zu stellen. Es ist die letzte Schlacht meines Lebens, gerade deswegen werde ich sie gewinnen."<sup>213</sup>

In einem Brief an Mitglieder der *Konservativen Aktion* (KA) ist zu lesen, "der rote Krawallpöbel rüstet zum sogenannten heißen Herbst. Die vereinigte Linke - angefangen von den verbrecherischen Terroristen bis hin zu Chaoten, Aussteigern, Grünen und Alternativen, von der DKP bis zur SPD und dem DGB..."<sup>214</sup>

Nachdem im Oktober 1984 der letzte Landesverband der KA aufgelöst wurde, konnten die *Republikaner* auf dem Parteitag, "Wir erneuern Deutschland", einen Ehrengast begrüßen: Ludek Pachmann.<sup>215</sup>

1989 ging es um IGFM-NPD-Verbindungen, als sich ein IGFM-Aktivist wunderte, daß er die IGFM-Zeitschrift *Menschenrechte* mit einem NPD-Flugblatt als Beilage erhielt. IGFM-Vorstandssprecher Jörn Ziegler schrieb mit Brief vom 26. Mai 1989 nur zurück: "Ihre Schlußbemerkung über das angeblich in Ihrer Zeitschrift 'Menschenrechte' (2/89) gefundene Flugblatt der NPD ist schon - fast - lustig." Mag sein, das Jörn Ziegler, diesbezüglich einiges gewohnt ist. Von seinem Bruder Tilman, der auf Jahreshauptversammlungen der IGFM als Aktivist in Erscheinung trat, weiß man jedenfalls, daß er REP-Bundesvorstand sitzt. Der *Menschenrechte*-Abonnent gab sich jedenfalls mit dem Versuch, ihn abzuwimmeln, nicht zufrieden und schrieb am 2. Juli 1989 an IGFM-Geschäftsführer Agrusow: "Das NPD-Flugblatt war zweimal gefaltet und bewußt in die Mitte der Zeitschrift eingelegt; es kann unmöglich erst bei der Post oder im Briefkasten dort hineingefallen sein." Hier ist anzumerken, daß für den Versand dieser Zeitschrift die Münchener Firma *Pan-Adress* tätig wird (Chef: IGFM-Aktivist Zehetbauer). Sie wirkt auch ansonsten für die IGFM (z.B. Versand der IGFM-Rundschreiben und weiterer Zeitschriften). Das Regionalbüro Bayern der IGFM war in *Pan-Adress*-Räumen. Als 1989 die Frankfurter IGFM-Zentrale mit der Münchner IGFM-Gruppe in Konflikt geriet, wurde der dort im Büro beschäftigte Exil-Pole einfach nach Art des Hauses gekündigt und vonseiten der Firma *Pan-Adress* sorgte man dafür, daß auch das IGFM-Büro nebst Infrastruktur für diese IGFM-Kritiker wegfiel.

NPD-Nähe ist bei der IGFM eigentlich nichts Neues, denn schon vor Jahren mußte man sich von einer NPD-Aktivistin gestreichelt vorkommen: "Dutzende Jugendliche

---

<sup>212</sup> *ebd.*, S. 144.

<sup>213</sup> *ebd.*, S. 151.

<sup>214</sup> Der gesamte Brief ist in *Farin/Müller* abgedruckt.

<sup>215</sup> *ebd.*, S. 154.

aus dem ostwestfälisch-lippischen Raum haben unter Führung der *Jungen Nationaldemokraten* [= Jugendorganisation der NPD - d. Verf.] an der von der IGfM organisierten Sternfahrt nach Berlin teilgenommen." Allerdings beklagt sie, es sei "offensichtlich nicht bekannt, daß die IGfM in einem, wie Herr W. sich ausdrückt, rechtsextremistischen Monatsmagazin für die Sternfahrt nach Berlin aus Anlaß des 13. August 1961 warb."<sup>216</sup>

Ein Letztes à propos NPD-Sympathien! Nach den Kommunalwahlen in der DDR hörte man aus IGfM-Kreisen von neuen Sorgen. Der oben erwähnte, aus Leipzig stammende IGfM-Mitarbeiter S. Faust war während der Zeit des Volkskammer- und Kommunalwahlkampfes kaum noch in der Frankfurter Geschäftsstelle zu sehen gewesen. Umso erschrockener vernahm am 6. Mai IGfMler, daß ausgerechnet in der "Heldenstadt" Leipzig die SPD stärkste Partei wurde. Leipzig ist die Stadt, in der die IGfM ihre DDR-Gruppe gegründet hat. Außerdem ist Leipzig Partnerstadt von Frankfurt am Main, wo der IGfM gerade wegen ihrer undemokratischen Machenschaften von der SPD/GRÜNE-Koalition die städtischen Zuschüsse gestrichen wurden. In der Plenarsitzung des Stadtparlaments am 22. März fanden sich nur noch zwei NPD-Abgeordnete, um aufseiten der IGfM gegen die Mittelstreichung zu streiten und gar eine Erhöhung der Zuschüsse für die der NPD genehme Organisation zu fordern.

---

<sup>216</sup> Manuela Berens, Gesamtdeutsch, in: *Lippische Landes-Zeitung*, 12.9.1981.